Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Samstag • Vierteljährer Abonnement 1,5 Reichsmark; für Nichtmitglieder nur Postbezug • Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliche ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark; Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. • Fernsprecher Nr. 24 403 Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach) • Versandstelle: Essenweinstraße 14. Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inseratenw.: Postscheckkonto Nürnb. 23 086 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg

Nummer 27 — Nürnberg, den 3. Juli 1929 — 43 Jahrgang

Rationalisierung der Krankenversicherung und Schutz des Handwerks

Die „Rationalisierung der Krankenversicherung" ist Schlagwort geworden, mit Vorliebe auch von denen gebraucht, die darunter einen Abbau der Leistungen, eine Verschlechterung des geltenden Rechtes verstehen. Aber trotz all des Redens und Schreibens wird die tatsächlich unrationelle Zersplitterung im Krankenkassenwesen durch Gründung neuer Kassen und Kästchen immer noch vermehrt. Ueber 7000 Krankenkassen bestehen heute in Deutschland, darunter etwa 800 Innungskrankenkassen, von denen nach der amtlichen Statistik fast die Hälfte weniger als 250 Mitglieder und ein weiteres Viertel 250 bis 500 Mitglieder zahlen. Daß Kassen mit 20, 30 oder 50 Mitgliedern, wie sie nicht selten vorkommen, die Aufgaben der Krankenversicherung auf die Dauer in vollem Maße erfüllen können, wird niemand behaupten wollen. Wenn aber versucht wird, mit Hilfe von Gesetzgebung und Verwaltung die Gründung solcher Zwergcasse zu verhindern, so wird das als „Gewerbeangriff der Ortskrankenkassen auf das Handwerk" bezeichnet.

Die Versicherten bringen zwei Drittel der Leistungen für die Krankenversicherung auf. Trotzdem können gegen ihren Willen Innungskrankenkassen errichtet werden. Ein Mitbestimmungsrecht steht ihnen nicht zu. Sie aber haben in erster Linie den Schaden zu tragen, wenn sie im Krankheitsfall auf die Leistungen der Kasse angewiesen sind. Kürzlich ist im Reichstag ein Fall erwähnt worden, in dem einem Mitglied einer Fleischerinnungskasse anstatt der gesetzlichen Barleistungen Wurst angeboten wurde. Wie es im übrigen in manchen Innungskrankenkassen aussieht, zeigen die Revisionsprotokolle der Versicherungsämter. So hat z. B. eine Maurerinnungskrankenkasse zwei Jahre lang keine Vorstands- und Ausschußsitzung einberufen. Die Versicherten zahlten wohl Beiträge, wußten aber gar nicht, von wem sie Leistungen zu erhalten haben, da ein Angestellter überhaupt nicht vorhanden war. Ein anderes Versicherungsamt stellte bei einer Fleischerinnungskrankenkasse fest, daß die Kassenführung so mangelhaft sei, daß die Kasse deshalb geschlossen werden müsse. Wieder eine andere Innungskrankenkasse besaß keinerlei Kassenbücher. Diese Fälle könnten noch beliebig vermehrt werden.

Aber nicht nur für die Versicherten, auch für das Handwerk selbst kann die Gründung von Innungskrankenkassen erhebliche Nachteile mit sich bringen. Reichen die Beiträge (höchstens zehn Prozent des Grundlohnes) bei einer Innungskrankenkasse nicht aus, so hat nach den gesetzlichen Bestimmungen die Innung die erforderliche Beihilfe aus eigenen Mitteln zu leisten", das heißt, die Handwerksmeister halten allein für das Defizit. Daß ein solches Defizit nicht selten vorkommt, dürfte sich schon daraus ergeben, daß in den letzten Jahren 31 Innungskrankenkassen wegen Leistungsunfähigkeit geschlossen werden mußten. In Essen mußten die Handwerksmeister durch Umlage 96,000 RM aufbringen, um die Schulden der Kasse zu decken. In Solingen waren 70,000 RM Schulden zu bezahlen. In Duisburg sind die Beiträge einer Innungskrankenkasse um 50 Prozent höher festgesetzt worden als bei der Ortskrankenkasse, um 30,000 RM Schulden abzudecken, die während eines Jahres entstanden sind. In Frankfurt a. M. wurde eine Innungskrankenkasse errichtet, die jedoch gar nicht ins Leben trat, weil einsichtige Handwerksmeister überzeugend darlegten, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Innungskrankenkasse für die Handwerksmeister ein gefährliches Risiko ist.

Ueber solche Vorgänge sind im allgemeinen die Handwerksmeister nicht unterrichtet, wenn sie sich mit der Gründung einer Innungskrankenkasse beschäftigen. Auch sind sie sich vielfach nicht klar darüber, daß ihnen ja auch im Rahmen der Ortskrankenkassen durchaus die Möglichkeit gegeben ist, einen entsprechenden Einfluß auszuüben. Unter den Arbeitgebervertretern in den Vorständen und Ausschüssen dieser Kassen finden sich recht zahlreiche Handwerker. Aus dieser praktischen Mitarbeit werden sie hoffentlich die Erkenntnis gewinnen und in den Kreisen ihrer Kollegen verbreiten, daß der Zusammenschluß aller Versicherten eines Bezirks in einer Krankenkasse dazu beiträgt, die sozialen Lasten auszugleichen. Das Handwerk hat wirtschaftliche Sorgen genug und sollte es sich ernstlich überlegen, ehe es durch Gründung von Innungskrankenkassen ein weiteres Risiko auf sich nimmt, besondere Verpflichtungen eingeht, die schwerste finanzielle Folgen nach sich ziehen können.

Verlängerung der Lehrzeit?

In den verschiedensten Berufen, vornehmlich denen des Handwerks, sind die Arbeitgeber-Organisationen bestrebt, die Lehrzeit da, wo sie weniger als vier Jahre beträgt, bis zur gesetzlich zulässigen Höchstdauer von vier Jahren zu verlängern. Entsprechend dem Standpunkt der Gewerkschaften haben die zuständigen Ministerien verschiedener deutscher Länder es abgelehnt, Beschlüssen von Handwerksorganisationen auf Verlängerung der Lehrzeit ihre Zustimmung zu geben. Trotzdem geht die Bewegung weiter und hat auch verschiedentlich zu Erfolgen geführt. Es ist dies z. B. möglich durch Beschlüsse von freien Innungen, da diese nicht der Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsorgane unterliegen. Wohl schreibt die Gewerbeordnung vor, daß Beschlüsse von Innungsversammlungen betreffend Regelung des Lehrlingswesens u. a. m. zu ihrer Ausführung der Zustimmung des Gesellenausschusses bedürfen; da aber häufig der Gesellenausschuß einer Innung so zusammengesetzt ist, daß man ihn nicht als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bezeichnen kann, gelingt es verschiedentlich, die Lehrzeit zu verlängern, ohne daß die betreffenden Arbeitnehmergruppen sich dagegen wehren. Zudem ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Fragen des Lehrlingswesens keine gesetzliche Neuregelung gefunden hat, ist es deshalb notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft der Zusammensetzung und Tätigkeit der Gesellenausschüsse bei den Innungen mehr Aufmerksamkeit als bisher widmet.

Die Argumente der Arbeitgeber, die sie für die Verlängerung der Lehrzeit ins Feld führen, sind immer dieselben: Der verkürzte Arbeitstag und der Besuch der Berufsschule nahmen der praktischen Ausbildung im Betrieb zuviel Zeit weg. Ferner

Die Gegner der Arbeitslosenversicherung, die sogar den Vorschlag auf **befristete** Beitragserhöhung auf 4 Prozent — die einzige Möglichkeit, die Versicherung zu sanieren — zu Fall brachten, haben nicht locker gelassen. Die Vertagung des Sofortprogramms paßte ihnen nicht in den Kram, obwohl sie durch ihre Ablehnung jeder Beitragserhöhung die Vertagung erzwungen hatten.

Die demokratische Reichstagsfraktion machte einen Vorstoß mit Anträgen, durch die ohne Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung die Erforderlichen Mittel zugeführt wurden. Wie diese Anträge zu begründen sind, ist das Geheimnis der Demokraten. Die Deutsche Volkspartei ist schon ein Stück weiter. Ihre Reichstagsfraktion hat einen formellen **Antrag zur Reform der Arbeitslosenversicherung eingebracht.** Das Wesentliche dieses Antrages besteht, wie vorauszusehen war, in einem **scharfen Leistungsabbau.** Es wird darin gefordert, daß die volle Unterstützung nur der Versicherte erhält, der mindestens 52 Beitragswochen nachweist. Sind weniger als 52, aber mehr als 39 Beitragswochen nachgewiesen, so werden die **Unterstützungssätze** um 25 Prozent, und sind weniger als 39 Wochen nachgewiesen, dann werden die Sätze um 50 Prozent gekürzt.

Auf Kosten der schuldlos arbeitslos gewordenen Menschen soll also die Reichsanstalt saniert werden! Wer lange Zeit in Arbeit war — das ist der Sinn des Antrages — bekommt einen hohen Unterstützungssatz, und wer nur kurze Zeit Beschäftigung fand, einen geringen! Was sich die Gegner der Arbeitslosenversicherung leisten, ist eine Orgie von Herzlosigkeit und Brutalität, ein Ausbruch der „Satten und Sicheren", die, wie der „Zentist" betonte, die Versicherung ihres wesentlichen Gehalts berauben wollen. Die Satten und Sicheren wollen Reichsanstalt und Reichsetat auf Kosten der Aermsten, d. h. der wiederholt Arbeitslosen, sanieren! Bekanntlich sind das diejenigen Arbeitslosen, denen durch den Rationalisierungsprozeß die Existenzgrundlage entzogen worden ist und die von dem Notstand am ärgsten betroffen werden, da sie am schwersten wieder feste Stellung finden.

Die Wahrheit über die Arbeitslosen.

Es trifft sich gut, daß gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Reformvorschlages der Deutschen Volkspartei ein Teil der großen amtlichen Arbeitslosenerhebung zur Veröffentlichung gelangt. Die Feststellungen, die hier von amtlicher Seite gemacht wurden, sind überaus bedeutsam; denn sie liefern das Zeug **Argument gegen die Lüge von der Zerstörung des Arbeitswillens** durch die Arbeitslosenversicherung. Es ist nicht wahr, daß spitzfindig von den Arbeitnehmern nur 26 Wochen gearbeitet wird, um die Anwartschaft zum Bezug der Arbeitslosenversicherung zu erwerben. Die Erhebung liefert einen unanfechtbaren Beweis. Von den 1,527,592 Hauptunterstützungsempfängern, also bei 40 Prozent der insgesamt von der Erhebung erfaßten 2,861,552 Hauptunterstützungsempfängern, deren Arbeitsschicksal im ersten Jahr verfolgt werden konnte, haben 77,002 weniger als 26 Wochen gearbeitet, die Anwartschaft im ersten Jahr also nicht erreicht. Nicht man diesen Zahl ab, dann verbleiben **1,450,990 Hauptunterstützungsempfänger, die im ersten Jahr vor der Arbeitslosenmeldung die Anwartschaft erreicht haben.** Für diesen Personenkreis ergibt sich folgende Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung: 26 Wochen Beschäftigungsdauer 3,1 Prozent der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, aber 26 Wochen bis 39 Wochen 31,5 Prozent, über 39 bis 51 Wochen 35,2 Prozent und 52 Wochen 27,2 Prozent. Danach haben also 394,271, d. h. **27,2 Prozent während des ganzen Jahres in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden, weitere 510,170, d. h. 35,2 Prozent länger als drei Viertel des Jahres.** Demgegenüber haben genau 26 Wochen gearbeitet 45,01, d. h. 3,1 Prozent, während die restlichen 500,949, d. h. 31,5 Prozent zwischen einem halben und dreiviertel Jahr gearbeitet haben. Diese Zahlen beweisen nicht eine Erschlaffung des Arbeitswillens, sondern eine sehr starke Arbeitswilligkeit.

Aus dem Ergebnis der Erhebung ergibt sich also zweifelsfrei, **daß der Verschlechterungsvorschlag** der Deutschen Volkspartei, wurde er Gesetz, **nicht einmal ein Sanierungsvorschlag ist.** Der größere Unterstützungsaufwand machte sich erfahrdurch an Arbeitslose, die längere Zeit in Arbeit gestanden hatten. Die Kürzung der Unterstützung auf die Hälfte bei den schlechter gestellten, so brutal sie ist, würde zudem noch ein sehr zweifelhaftes „Sanierungsmittel" sein.

Die Erhebung bringt in ihren ersten Ergebnissen eine Fülle wichtiger Angaben, die noch im einzelnen schwierig werden müssen. So zeigt sie z. B. deutlich die **Abwälzung des Betriebsrisikos der Agrarier** auf die Arbeitslosenversicherung. Die günstigen Risiken sind von der Beitragszahlung befreit und die schlechten der Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Das **Hauptgebiete** der ersten Feststellungen liegt jedoch, wie mit vollem Nachdruck hervorgehoben werden muß, in der **Zerstörung der gemeinen Lüge, daß die Arbeitslosenversicherung den Arbeitswillen vernichtet habe.** Die hat ihn **nicht** vernichtet und deshalb wäre es eine **Schamlosigkeit** sondergleichen, den Menschen, die, wie die Erhebung zeigt, **sehr gerne arbeiten, wenn sie nur Arbeit bekommen** und mehr verdienen können, durch Leistungsabbau die an sich schmale **Existenzbasis** für die Hungerperiode der Arbeitslosigkeit **um 25 bis 50 Prozent zu kürzen.**

---

mache der häufig fehlende oder schwacher gewordene Wille zum Lernen eine längere Lehrzeit notwendig.

Mit diesen Argumenten setzt sich in nachstehenden Ausführungen, die wir dem Organ des Verbandes der Gärtner und Gartenarbeiter entnehmen, nun ein Arbeitgeberverband, nämlich der Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V., auseinander. Der thüringische Landesverband dieser Organisation hatte im verflossenen Jahre beschlossen, die Lehrzeit im Gärtnerberuf von 3 auf 3½ Jahre zu verlangern. Auf diesen Beschluß sowie auf noch andere Anträge, die sogar 4 Jahre Lehrzeit forderten, gab der Reichsverband folgende, die Oeffentlichkeit sicher interessierende Antwort:

Die Verlängerung der Lehrzeit auf 4 Jahre wird abgelehnt.

Begründung: Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß der Lehrling, welcher im Alter von 14 bis 15 Jahren in die Lehre tritt, noch nicht befähigt ist, von sich aus zu überblicken, welche Anforderungen sein künftiger Beruf an ihn stellt. Deshalb ist eine mehrjährige Lehrzeit notwendig, welche sich in den ersten Jahren mit dem rein Handwerklichen des Berufes vertraut macht. Dazu genügen jedoch einem aufgeweckten Jungen zwei Jahre. Er wird in der Regel im dritten Lehrjahre beginnen, über den Zaun des eigenen Betriebes hinwegzusehen und das zu um so mehr, je beurteiger die Ausbildungsmöglichkeiten im Lehrbetriebe sind. Ihn länger als drei Jahre in einem Betrieb festzuhalten, wäre falsch. Zu vielgestaltig ist der Gartenbau sowohl in seinen einzelnen Berufszweigen wie in der Auswahl der Kulturpflanzen innerhalb dieser Berufszweige, wobei für diese Kulturpflanzen die mannigfaltigsten Kulturmöglichkeiten bestehen können. Deshalb sind die Gehilfenjahre als Wanderjahre die vorbereitende Ergänzung zur Lehrzeit. Die weiten den Blick, und in ihnen wird das Kind zum Mann.

Vom Gesamtberufsinteresse aus gesehen, spricht kein Grund für eine Verlängerung der Lehrzeit, wohl aber vom Privatinteresse des Arbeitgebers, der sich durch den Lehrling die billige, in dem Betrieb durch dreijährige Uebung eingespielte Arbeitskraft erhalten will. Die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Gründe für eine Verlängerung der Lehrzeit lassen sich leicht widerlegen.

a) Der Besuch der Fortbildungsschule beschränke die praktische Ausbildung.

Demgegenüber ist zu betonen, daß der theoretische Unterricht das Verständnis für die praktischen Arbeiten fördert, so daß der Effekt der Lehre gesteigert wird. Der Lehrling, der in drei Jahren nicht genug lernt, wenn er zwei halbe oder einen ganzen Tag in der Woche aus dem Betriebe fehlt, zumal unter Abrechnung der Schulferien, hat entweder keine Anlage, um Gärtner zu werden, oder der Betrieb ist ungeeignet für die Ausbildung.

b) Die unzureichenden Ergebnisse bei den Gehilfenprüfungen — so wird behauptet — lassen eine längere Ausbildungszeit erwünscht erscheinen.

Am ungenügenden Prüfungsergebnis ist, wie zahlreiche Erhebungen zeigen, nicht die unzureichende Lehrzeit schuld, sondern entweder die ungenügende Ausbildung durch den Lehrherrn oder besonders Gutmütigkeit, welche ihn verführt, auch solche Lehrlinge einzustellen, welche über eine ungenügende Schulvorbildung verfügen oder sonst geistige Mängel haben, bzw. sie zu behalten, obwohl die drei Monate dauernde Probezeit bereits erkennen läßt, daß die Anlagen zum Gärtnerberuf fehlen.

Nicht mit einer Verlängerung der Lehrzeit ist dem Beruf gedient, sondern mit einer schärferen Auswahl der Lehrlinge. Desgleichen ist eine scharfere Auswahl der Lehrbetriebe bei den „Anerkennungen" zu fordern. Versucht ist eine Verlängerung der Lehrzeit vor allem in Betrieben mit einseitigen Kulturen, die bei kürzerer Lehrzeit durchaus als Lehrwirtschaften geeignet sein können. Die Verlängerung der Lehrzeit würde ferner zwangsläufig zu dem Streben führen, die Zahl der in einem Betriebe Lernenden zu erhöhen dadurch, daß zu jedem Jahre ein neuer Lehrling eingestellt werden soll, um Schwankungen im Laufe der Jahre auszuschalten. Schließlich würde die Verlängerung der Lehrzeit um ein weiteres Jahr den gärtnerischen Arbeitsmarkt auf das schwerste beeinflussen und dem älteren Nachwuchs, also der Gehilfenschaft, in hohem Maße Arbeitsmöglichkeiten nehmen, woraus sich noch mehr eine Proletarisierung der Arbeitnehmerschaft ergeben würde, die den Beruf äußerst abträglich ist."

Diesen Ausführungen werden die Arbeitervertreter nur vollinhaltlich zustimmen können. Die hier für die Gärtnerei gemachten Ausführungen treffen auf viele andere Berufe z. B. auf den Schuhmacherberuf zu. Wo es zu Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern wegen der Verlängerung der Lehrzeit kommt, sollten den Arbeitgebern die hier von einem Arbeitgeberverband gebotenen Argumente entgegengehalten werden.

Brutale kapitalistische Einsichtslosigkeit

Die Wahrheit über die Arbeitslosen

Von Woche zu Woche

(Wichtiges in aller Kürze.)

Republik-Schutzgesetz.

Durch das Verhalten der Wirtschaftspartei ist im Reichstage das Republik-Schutzgesetz zu Falle gebracht worden. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, wird die Reichsregierung im Spätsommer eine neue Vorlage einbringen.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vom 15. bis 31. Mai 1929 in allen Landesarbeitsamtsbezirken weiter gesunken. Gegenüber rund 927,000 am 15. Mai waren am 31. Mai noch 807,750 vorhanden. Es ist also ein Abgang um 12,9 Prozent zu verzeichnen. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist — wohl auch in jener Zeit ein gewisser Stillstand eingetreten war — um etwa 6,1 Prozent gestiegen. Sie betrug am 31. Mai 203,031 gegenüber 198,887 am 15. Mai.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung.

Im Verlauf der zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Regierungsparteien geführten Verhandlungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung wurde vereinbart, daß die einzelnen Parteien dem Ministerium ihre Vorschläge unterbreiten und die Regierung bis zum 15. August eine Vorlage ausarbeitet. Diese Vorlage soll vom Sozialpolitischen Ausschuß so erledigt werden, daß sie von dem Plenum des Reichstages noch im August verabschiedet werden kann.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Esser (Ztr.) folgende Entschließung angenommen:

Die Reichsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiten der Sachverständigenkommission zur Begutachtung der Sachverständigenkommission zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung so beschleunigt werden, daß die Regierung die angekündigte Novelle zum Gesetz in der ersten Hälfte des August 1929 dem Reichstage vor-

lagen kann. Der Ausschuß beschloß, am 15. August zur Beratung der Arbeitslosenversicherung wieder zusammenzutreten. Die Kommission tritt nun erstmals am 2. Juli zusammen.

Die Krisenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Wissell erklärte im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags, er beabsichtige, die Krisenfürsorge auch nach dem 30. Juni überall da zuzulassen, wo die gesetzlichen Bestimmungen dies einwandfrei Mißgebrauch für die Zulassung bei die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Bezirken. Da eine Neuregelung vorzubereiten ist, soll der Geltungsbereich des bisherigen Erlasses um eine Woche, d. h. bis zum 6. Juli 1929 verlängert werden. Die neuen Bestimmungen werden am 7. Juli 1929 in Kraft treten.

Der Kampf um die Zölle.

Durch die Haltung der bürgerlichen Parteien des Reichstags ist der sozialdemokratische Vorschlag auf dem Wege über die Errichtung eines Getreidemonopols der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, zerschlagen worden.

Nunmehr, bei den weiteren Verhandlungen, gilt es vor allem, den notwendigen Schutz für die großen Verbrauchermassen einzuschalten. Die Sozialdemokratie ist es gelungen, die weitgehenden Zollpläne der Gegner bedeutsam abzuschwächen.

Hinsichtlich der Getreidezölle hat man sich bei den beteiligten Parteien dahin geeinigt, die Zölle auf die im Handelsvertrag mit Schweden vereinbarten Zwischensätze zu erhöhen. Das bedeutet, daß der gegenwärtige Zwischenzoll von 5 R.M. bzw. 5.50 R.M. durch den sogenannten Schwedenzoll von 6 R.M. bzw. 6.50 R.M. ersetzt wird. Hier gelang es der Sozialdemokratie, den Plan zu zerschlagen, die autonomen Zölle (7.50) auf 10 R.M. zu erheben. Die geforderte Erhöhung der autonomen Zölle ist damit abgewehrt worden und kommt nicht mehr in Betracht. Abgewehrt wurde auch die Forderung, die Zuckerzölle zu erhöhen. Es bleibt bei dem im Vorjahr festgesetzten Preis von 21 R.M. Zusammen tritt eine Unkostenvereinigung (Report) von 15 Pfg. pro Monat für die neuen Monate der Zuckerkampagne.

Der Zoll für Speisekartoffeln soll von 1.50 R.M. auf 2 R.M. erhöht werden. Diese Erhöhung hat angesichts des Kartoffelüberschusses in Deutschland kaum praktische Bedeutung und dürfte sich nur dahin auswirken, die Einfuhr von Speisekartoffeln nach Deutschland zu unterbinden. Bezüglich der geforderten Anpassung der Lebendvieh-Zölle an die Fleischzölle hat man sich dahin geeinigt, durch wirtschaftliche Maßnahmen den Auswirkungen eines übermäßigen Vieh-Imports nach Deutschland vorzubeugen.

Der Butterzoll wird von 27.50 auf 30 R.M. erhöhen werden. Gefordert wurden hier 40 R.M. Der Zoll von 30 R.M. ist aber bei hier. Er soll die Wirkung eines Exportzolls haben.

Vor allem hat die Sozialdemokratie erreicht, die Anträge zum Beischwinden zu bringen, die auf eine Abänderung der Gefrierfleischeinfuhr hinzielen. Verhindert hat die Sozialdemokratie auch die Erhöhung der Futtermittelzölle.

Hauptverbandstag der Hausschuhfabrikanten

Am 8. und 9. Juni waren in Weimar die Mitglieder des Verbandes der Hausschuhfabrikanten zu ihrer Jahrestagung versammelt. Syndikus Dr. Furst referierte über „Die wirtschaftliche Situation unter besonderer Berücksichtigung der Hausschuhindustrie". Redner beleuchtete die Wirtschaftslage im allgemeinen, ging kritisch auf Finanzfragen des Reichs, auf Steuerfragen und die Frage der Geld- und Zinssätze ein, um dann näher die Lage der Schuh- speziell der Hausschuhindustrie zu schildern.

Im gesamten Jahre 1928 sind 125 Schuhfabriken gegenüber 85 Schuhfabriken im Jahre 1927 insolvent geworden. Gewiß wird die Hausschuhindustrie durch die besonders schweren und akuten Nöte der Lederschuhindustrie und des Schuhhandels mit betroffen. Redner konnte aber feststellen, daß die Hausschuhindustrie denn doch günstiger dasteht als die Lederschuhindustrie. Im allgemeinen sei zu sagen, daß die deutsche Hausschuhindustrie nicht unter dem Niveau der Lage der deutschen Textilindustrien im allgemeinen liegt.

Ueber Produktion, Beschäftigungsgrad und Außenhandel der Hausschuhindustrie führte Redner folgendes aus:

„Trotz des Einflusses der Lage der Lederschuhindustrie läßt sich eine erheblche Widerstandsfähigkeit unserer Hausschuhindustrie feststellen. Im Herbst 1928 hat sich die Arbeitnehmerzahl der Hausschuhindustrie gegenüber 1927 mit etwa 1900 auf gleicher Höhe gehalten; im Frühjahr d. J. allerdings ist ein Aufgang in der Arbeitnehmerzahl um etwa 11 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr festzustellen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß in diesem Frühjahr 57 Mitgliedsbetriebe verkürzt gearbeitet haben gegenüber 36 Betrieben im Frühjahr 1928. Zu mindest in den Frühjahrsmonaten d. J. ist also ein Aufgang der industriellen Produktion unseren engeren Branche festzustellen. Ein großer Teil von Mitgliedsfirmen ist infolge Konkursen, Zahlungseinstellungen, Liquidationen uns verlorengegangen. Auch diese Tatsache ist im Sinne einer stärkeren Konzentration und einer stärkeren Anpassung der Produktion an den tatsächlichen Bedarf bemerkenswert und kann daher nicht ohne weiteres als ein ungünstiges Zeichen für die Zukunftsentwicklung bewertet werden."

Erfreulich ist vor allem, festzustellen, daß die Ausfuhr der deutschen Hausschuhindustrie sich im Jahre 1928 um etwa 25 Prozent gesteigert hat, und zwar von 6,500,000 Paar auf 7,500,000 Paar, was um so bemerkenswerter ist, als im gleichen Zeitraum die übrige Schuhindustrie bezüglich ihrer Exportquote weitere Verluste erleiden mußte. Der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtproduktion an Hausschuhen betrug im Jahre 1928 etwa 12 Prozent. Um diesen Anteil wird somit der Inlandsmarkt entlastet. Ich freue mich, weiterhin feststellen zu können, daß auch in den bisher verflossenen vier Monaten dieses Jahres eine weitere Steigerung der Ausfuhr an Hausschuhen um etwa 15 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres zu verzeichnen ist. Nicht unwesentlich ist es, darauf hinzuweisen, daß in den Monaten Januar bis März 1929 noch ein gewisser Aufgang der Exportintensität der Hausschuhindustrie aufzuzeigen war, und die starke Verbesserung sich plötzlich im April d. J. mit einer Steigerung um 65 Prozent bemerkbar machte."

Der Redner ging dann noch auf die aktuellen Fragen der Neugruppierung in der Schuhindustrie ein, insbesondere der Neugruppierung der Absatzverhältnisse, der Bestrebungen auf Monopolbildungen und Zusammenschluß, aus denen auch die Hausschuhindustriellen ihre Konsequenzen ziehen müßten. Am Schlusse wurden in mehreren Leitsätzen einige Forderungen niedergelegt, in denen die Forderungen auf Senkung der Steuern und Sozialabgaben wie auch der Zinssätze wiederholt wurden. In der Zollfrage verlangen die Hausschuhfabrikanten stärkere Berücksichtigung ihrer Wünsche in Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen. Insbesondere gegenüber Estlerreich, Polen und Rumänien sei mit Entschiedenheit für eine Senkung der Hausschuhzölle in diesen Ländern einzutreten.

Ueber das Gebiet Tarif- und Sozialpolitik, das uns am meisten interessiert, erstattete Herr Direktor Hirschfeld in Firma Gebr. Schuhfabrik A. G. Frankfurt a. M. ein ausführliches Referat. Man erfuhr nur soviel, daß dabei gegen den Tarifvertrag zu Felde gegangen wurde. Redner klagte auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen auch als Besitzer zum Zentraltarifamt und als Mitglied der Tarifverhandlungskommission sagen zu können, daß eine Reihe von Bestimmungen des Tarifvertrages für die Schuhindustrie, insbesondere aber für die Hausschuhindustrie auf die Dauer nicht tragbare Belastungen darstellten. Es wurden dann auch anderseits Beschwerden vorgetragen und dem Vorstand wurden zwecks Prüfung der weiteren Maßnahmen einstimmig die Vollmachten erteilt.

Angesichts der zum Teil sogar sehr günstigen Lage der Hausschuhindustrie hatte man alles andere eher erwarten sollen als einen Angriff auf den Tarifvertrag. Der Tarifvertrag besteht nun ein elf Jahren und hat sich eingelebt und bewährt. Auch die Hausschuhindustrie ist jederzeit zu ihrem Recht gekommen, dafür bietet der Aufbau des Vertrags genügend Garantien. Wenn schon bedeutende Reformwünsche vorliegen, so hatte man sich wohl auch erlauben können, gleich mit offenen Karten zu spielen. Wir sehen in dem Beschluß der Fabrikanten eine unnötige Beunruhigung der Arbeiterschaft. Wenn man von seitender Seite des Verbandes der Hausschuhfabrikanten etwa falsche Meinungen über den Tarif entstehen läßt, so ist das unseres Erachtens ein bedenklicher Weg, den wir nur bedauern können. Die Hausschuhfabrikanten sind die vielen Jahre her unter dem Tarif ebensogut gefahren, als die anderen Fabrikanten auch. Wirkliche Beschwerden können also gar nicht vorliegen. Jedenfalls kann heute schon so viel gesagt werden: Die Arbeiter der Hausschuhindustrie werden sich in der Bewertung ihrer Arbeitskraft nicht bedrücken lassen. Wenn man mit Tarifverschlechterungen hervortritt, werden sie auch Mittel im Abwehr finden.

Jedenfalls sollte soviel Einsicht haben, daß ein solches System auch für die Arbeiterschaft untragbar ist.

Am Schlusse der Erörterungen gelangte die Versammlung zur einstimmigen Annahme einer Entschließung gegen die Einführung von ausländischem Schuhwerk, in der die bekannten Forderungen, wünsche der Fabrikanten erneut unterstrichen werden.

Als Bericht des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes beim Rechtsanwalt Blaise lag der Tagung eine umfangreiche Arbeit in gedrängter Form vor. Der Bericht beleuchtete in ausführlicher Form die mißliche Konjunktur lage in der Schuhindustrie, die Arbeitslosigkeit, die Auslandskonkurrenz, Fragen der Zoll- und Steuerpolitik, Produktionsschwierigkeiten und anderes mehr. Arbeiter- und Tariffragen werden referierend erwähnt.

Nach den statistischen Ermittlungen stellte sich die Ausnutzung der Produktionsfähigkeit der Lederschuhindustrie im Jahre 1928 im Monatsdurchschnitt auf 56,7 Prozent. Für die einzelnen Monate ergab sich folgende Entwicklung der Ausnutzung der Kapazität:

Januar	74,2
Februar	72,5
März	74,7
April	62,0
Mai	65,4
Juni	71,5
Juli (Ferienmonat)	43,0
August	54,8
September	53,3
Oktober	59,4
November	55,1
Dezember	47,1

Die Prozentziffern über die Ausnutzung der Kapazität waren dann in den drei ersten Monaten des Jahres 1929: 60,9 im Januar, 56,0 im Februar und 61,7 im März. Die Schuhindustrie blieb im Beschäftigungsgrad hinter jeder anderen Industrie zurück.

Auf die Weiterentwicklung der Schuhindustrie eingehend konstatiert der Bericht, daß die Preisbildung für Schuhwaren unter den ungünstigen Momenten einer anhaltenden Schwächung der allgemeinen Kaufkraft und unter der Zunahme ausländischer, besonders tschechischer Massenware litt. In betreff der Rationalisierungsfrage heißt es:

„Wenn auch die deutsche Schuhindustrie einen wirksamen Zollschutz als grundlegende Voraussetzung für die Verbesserung der Verhältnisse ansieht, so hat sie in der Zwischenzeit die Hände nicht in den Schoß gelegt und nicht untätig den Dingen ihren Lauf gelassen. In der deutschen Schuhindustrie sind vielmehr weitgehende Rationalisierungs- und Umstellungsmaßnahmen vorgenommen und umfangreiche Verbesserungen der Arbeitsmethoden durchgeführt worden. Obwohl hierfür vielfach erhebliche Mittel aufgewendet werden mußten und obwohl gerade unter den derzeitigen Verhältnissen die Aufbringung derselben oft nicht leicht war, haben die deutschen Schuhfabriken finanzielle Opfer nicht gescheut, um sich die Fortschritte von Technik und Organisation zu eigen zu machen und hierdurch ihre Betriebe in jeder Hinsicht auf einen möglichst hohen Stand zu bringen.

Das Bandsystem, in dem sich für manche die Rationalisierung schlechthin zu verkörpern scheint, hat allerdings bisher in der deutschen Schuhindustrie keine allgemeine Einführung gefunden. In dieser Beziehung hat sich eine einheitliche Auffassung nicht herausgebildet. Große und gut geleitete Betriebe haben vielmehr bewußt von der Einführung des Bandsystems Abstand genommen."

Interessant sind auch die Darlegungen des Berichts, durch welche Umstände die tschechoslowakische Konkurrenz besonders in die Erscheinung treten konnte. Denn auch die deutsche Schuhindustrie ist bekanntlich technisch voll auf der Höhe. Es heißt in dem Bericht:

„Zunächst liegt die Materialversorgung in der Tschechoslowakei günstiger als in Deutschland. Nicht immer hält die Tschechoslowakei das Ausfuhrverbot für rohe Häute und Felle aufrecht und hat noch keine ernstlichen Anstalten unternommen, dieses Verbot trotz eines Genfer Beschlusses aufzuheben.

Die Löhne in der tschechoslowakischen Schuhindustrie sind bedeutend niedriger als in der deutschen. Auch sind dort die steuerlichen und sozialen Lasten erheblich geringer als in Deutschland.

In der Tschechoslowakei wird zum Teil eine Arbeitsweise angewandt, die unter den Gesichtspunkten: Fabrikabsolutismus, Abwälzung des Unternehmerrisikos auf die Arbeitnehmer, Schwitzsystem zu kennzeichnen ist.

Derartige Arbeitsmethoden sind in Deutschland nicht üblich und nicht zulässig. Nicht nur das deutsche Arbeitsrecht, sondern insbesondere auch der Reichstarifvertrag für die deutsche Schuhindustrie machen einem Fabrikabsolutismus unmöglich. Weitgehende Rechte sind hier den Arbeitnehmern und ihren Vertretungen zugebilligt mit dem Ziele der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der Parteien des Arbeitsvertrages. Im Gegensatze hierzu bestehen in einem wesentlichen Teile der tschechoslowakischen Schuhindustrie überhaupt keine Tarifverträge. Es wird dort sogar jede Verhandlung mit den Gewerkschaften abgelehnt.

Betriebsmethoden, durch die das Unternehmerrisiko oder ein Teil desselben auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird, wie das zu einem erheblichen Teile in der Tschechoslowakei geschieht, sind in Deutschland nicht üblich. Hier gilt der Grundsatz, daß das Betriebsrisiko vom Arbeitgeber zu tragen ist.

Ein Arbeitsverhältnis, wie es in einem Teile der tschechoslowakischen Schuhindustrie eingeführt ist, durch das die Arbeitnehmer des Betriebes untereinander in geschäftlichen Beziehungen stehen und sich gegenseitig ihre Halb- und Fertigfabrikate abkaufen, ist in Deutschland unmöglich.

Unmöglich sind hier auch Arbeitsverträge, die den Arbeitnehmern fast nur Verpflichtungen auferlegen, ohne ihnen entsprechende Rechte einzuräumen.

Unmöglich ist hier ferner ein Lohnsystem, bei dem ein wesentlicher Teil des Verdienstes in einer sogenannten Gewinnbeteiligung besteht, die ohne Angabe von Gründen jederzeit vom Arbeitgeber widerrufen werden kann, dem Arbeitnehmer also keine rechtlich gesicherte Grundlage für seine Entlohnung gewährt.

Bei dieser Kennzeichnung handelt es sich nicht um subjektive Auffassungen der deutschen Schuhindustrie einschließlich derjenigen der Gewerkschaften. Das ergibt sich aus der objektiven Feststellung des Landgerichts Berlin. Dieses hat in einem Rechtsstreite einer tschechoslowakischen Schuhfabrik festgestellt, der Vorwurf, das in ihrem Betriebe bestehende Arbeitsverhältnis wäre ein Diktat, ist begründet, die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in ihrem Betriebe rechtfertige auch den gegen sie erhobenen weiteren Vorwurf des sozialen Dumpings."

Einen nicht recht zusammenfassenden Standpunkt nimmt der Geschäftsbericht zu der eingeleiteten amtlichen Lohnstatistik ein, obschon nichts gegen deren gesetzliche Zulässigkeit vorgebracht werden kann. Es wird gesagt:

„Ihre Zweckmäßigkeit unterliegt dagegen erheblichen Bedenken. Diese sind auch vom Verband gegenüber dem Statistischen Reichsamt zum Ausdruck gebracht worden. Der Verband hat den Standpunkt eingenommen, daß er eine Lohnerhebung durchaus nicht zu

Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie

Am 14. Juni hielt der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie in Dresden seine Jahrestagung ab. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Kommerzienrat Kopp (Pirmasens), sprach über das Thema „Wirtschaftsfragen der deutschen Schuhindustrie" ein großangelegtes Referat. Er beleuchtete die schwere Krise der deutschen Schuhindustrie, als deren Ursachen er die überspannte und schließlich zusammengebrochene Weltbaisse in Rohhäuten und Leder sowie die Ueberschwemmung unseres ungeschützten deutschen Binnenmarktes mit tschechoslowakischen Schuhwaren bezeichnete, und kommt dann auf die mutmaßen erfolgte Erhöhung der Zölle auf Schuhwaren, die nun bald eintreten würde. Im weiteren Verlauf seiner Rede kommt der Referent dann auf die Neugründung der Herrenschuh-Spezialgeschäfte, in denen er den Ausfluß der Kämpfe um die allgemeine Preissenkung erblickt. Es sei nicht zu verleugnen, daß man gute Sortimentsgeschäfte ihre bisherigen besseren Preislagen selbst zerstören helfen, indem sie die neue Einheitspreislage als „Zugnummer" für die Industrie" marktschreierisch anpriesen, wie es doch immer noch Manufakturgeschäfte gebe, die gewohnt seien, höhere Preise für Schuhwaren anzulegen, weil sie besonders gut beschuht zu sein wünschten. Kommerzienrat Kopp sprach dann weiter über Unterkonsum, mangelnde Aufträge und als neueste Krankheitserscheinung der raschen Modewechsels, und gibt seine Ideale über die Anfänge zu einer fairen Regelung der Beziehungen zwischen Handel und Industrie in die.

Arbeitsgemeinschaft der Schuhwirtschaft Ausdruck.

Ueber die bekannte Auslandsinvasion auf das deutsche Schuhgebiet äußerte sich der Redner folgendermaßen:

„Zuerst schien es sich dem Eindringen der Tschechen Waren bloß um die Rationalisierung der Fabrikation zu handeln, obwohl damals schon in Industriekreisen bekannt war, daß ganz andere Ursachen die billigen Schuhpreise der Tschechoslowakei ermöglichen. Aber im vorigen Jahre wurde der reine Handlerstandpunkt dieser Auslandsinvasion gegenüber in einer großen Tageszeitung dahin formuliert, daß es die nationale Aufgabe der deutschen Schuhindustriellen sei, sich umzustellen und gleichschöne Ware noch besser und billiger herzustellen. Mit Feuereifer begaben sich die beteiligten und unbeteiligten Konkurrenten mit mehr oder weniger Erfolg ans Werk. Das Problem der Rationalisierung der Fabrikation war gestellt: und akut geworden: Es galt, mit Hilfe technischer Verbesserungen mit einer kleineren Belegschaft mehr Leistungen und schönere Schuhe billiger als bisher zu erzeugen. Aber gleichzeitig wirkte sich die zweite Seite des tschechischen Rationalisierungsproblems aus, nämlich in bezug auf die Rationalisierung des Handels. Aus der Geißel der Industrie ist jetzt auf einmal die Geißel des Handels geworden. Die tschechische Produktion von Serienartikeln, die mehr unter den Gesichtspunkt der Massenware als des individuellen Qualitätserzeugnisses gestellt ist, ermöglicht bei im übrigen viel günstigeren Erzeugungsbedingungen als in Deutschland eine Senkung des Herstellerpreises. Dazu soll aber nunmehr eine Senkung der Verkaufsspanne zwischen Fabrikpreis und Ladenpreis kommen, um zu bewirken, daß in natürlicher Wechselwirkung die Produktion von Massenware gesteigert und der Absatz für diese gesteigerte Produktion durch Herabsetzung der Handelsspanne gewährleistet wird. Bald werden durch die praktischen Auswirkungen dieses tschechischen Systems jene schönen Zeiten vorüber sein, wo der Handel an der Auslandsware so befriedigend verdienen konnte. Wenn nunmehr ein Rep tschechischer Fabrikfilialen die Verdienstspanne des Handels systematisch verkürzt, der Verkaufsstellenzwang rücksichtslos die Ladenpreise herabdrückt, um den spartischen Konsum in den Fabrikladen kaufen zu lassen, dann wird auch der Handel in wachsendem Maße die tschechische Fabrik- und Absatzmethode zu spüren bekommen, wenn nicht der erhoffte Wall des höheren Zolls schützes die tschechische Rechnung erschwert."

„... Verständlich wird uns das, was sich in dem Kreis der Schuh- und Lederwirtschaft jetzt abspielt, wenn wir bedenken, daß der Weltkrieg eine künstliche Aufrichtung und Hebung der Kapazität der Leder- wie der Schuhindustrie in den anderen Ländern gebracht hat, daß wir in Deutschland die Periode der Inflation und des Warenhungers durchschreiten mußten und daß jetzt daher um so schlimmer die so geschaffene Lage sich auswirkt: Unausgenutzte Kapazität, Unterkonsum, mangelnde Aufträge, anhaltende Preisaufgänge der Rohstoffe und der Fertigwaren. Dazu kommt noch in der Oberleder-Industrie die technische Umwälzung der neuen Farbleder; in der Bodenleder-Industrie die Auswirkung der Crepe-Gummi, Uskide und anderer Surrogate, sowie der Gummischuhe während des langen kalten Winters. Der doppelt fühlbare Minderabsatz wird verschärft durch rasch wechselnde Moden, die schon wieder vorüber sind, wenn man sich eist angepaßt hat. Dazu die allgemeine Angstlichkeit und Unsicherheit im Disponieren, wo es, bei der künstlich verminderten Kapitalsmacht, um Kopf und Kragen, um die ganze Existenz geht, wenn man sur eine einzige Saison falsch liegt und in seinen unverkäuflichen Waren ersäuft."

In seinen späteren Ausführungen wandte sich der Redner gegen das Prinzip mancher Warenabnehmer, die Aufträge bis zum Neujahrsfest zurückzuhalten. Das sei ein unnormales Zustandsbild. Von unserer Seite kann das nur unterstrichen werden. Der Handel

suchen habe; das ergebe sich daraus, daß er sich bereits zweimal bereit erklärt habe, mit den Gewerkschaften zusammen eine gemeinschaftliche Lohnerhebung zu veranstalten, und daß es nicht am Verbande gelegen habe, wenn die gemeinschaftlichen Lohnerhebungen nicht zustande gekommen waren. Der Verband hat weiter die Auffassung vertreten, daß jedoch die heutige Zeit nicht dazu angetan sei, derartige Erhebungen zu veranstalten, einmal, weil die Schuhindustrie sicher seit vielen Monaten sich in einer Krise befinde, eine Lohnerhebung im derzeitigen Augenblick somit ein unvollständiges Bild von der Lohnlage in der deutschen Schuhindustrie gebe, sodann, weil man den Unternehmern in einer Zeit, in der sie schlecht beschäftigt seien und auch ihr kaufmännisches Personal stark eingeschränkt hätten, nicht gut zumuten könne, sich mit der Ausfüllung von Fragebogen für amtliche Zwecke zu befassen. Das Statistische Reichsamt erkannte wohl die Berechtigung dieser Einwände des Verbandes an, glaubte aber trotzdem, die von ihm veranlaßte Lohnerhebung durchführen zu sollen."

Der Geschäftsbericht wurde von der Generalversammlung ohne Debatte gutgeheißen.

Als weitere Redner der überaus reichhaltigen Tagesordnung sprachen Herr Leonhard Stadler über Berufsgenossenschaft und Schuhindustrie, Fachschuldirektor Alois Stützer über Entwicklung und Ziele der Fachschule der Deutschen Schuhindustrie und Herr Dr. Ramhorst vom Reichsverband der deutschen Industrie über Reparation und Wirtschaft.

Im Anschluß an den letzten Vortrag fand einstimmige Annahme die Entschließung zur Frage der Steuerbelastung. Die Schuhfabrikanten propagieren wie die Spitzenleitung des Industrieellenverbandes die bekannten Forderungen auf Steuersenkung, obschon bekanntlich gerade durch die vorhergehenden Finanzminister aus den bürgerlichen Parteien das Reich in eine Finanznisere hineingekommen ist, die Abhilfe fordert. Insbesondere wird eine Steuererleichterung infolge Wegfalls der Reparationslasten der Industrie als Forderung erhoben.

Das Referat über die **Schuhfachschule in Pirmasens** unterrichtete über die außerordentlich günstige Entwicklung dieser Schule. Die Schule ist überbesetzt, so daß an eine bauliche Erweiterung gedacht werden muß. Allerdings bereite die Finanzierung des Baues unter den derzeitigen Verhältnissen einige Sorgen. Während im ersten Jahre 207 Schüler unterrichtet wurden, hat sich die Inanspruchnahme der Schule im Jahre 1928/29 so gesteigert, daß 860 Schüler (darunter 515 Abendschüler) Unterricht erhalten. Offenbar leistet diese Schule Außerordentliches zum Gedeihen der Schuhindustrie, indem sie nicht nur Werkmeistern, sondern auch Arbeitern wertvolle Ausbildung angedeihen läßt.

Ueber den Punkt: **Sozialpolitische Zeitfragen** hatte auf der Tagung Herr Rechtsanwalt Blasse das Referat übernommen. In der Hauptsache beschäftigte sich der Redner mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, dem Schlichtungswesen, dem Arbeitsschutzgesetzentwurf und dem Entwurf zur Unfallverhütung.

Trotz der schönen Redensart, die Vorschläge der Arbeitgeber seien nicht von reaktionären Tendenzen getragen, wurden in dem Referat auf allen Gebieten anstatt Verbesserungen, Verschlechterungen empfohlen. In allen Tonarten findet man das Schlagwort von der „Sozialbelastung" wiederholt. Der einzige Ausweg der zeitweisen Heraufsetzung des Beitrags in der Arbeitslosenversicherung, wie ihn die ausnahmsweise Notzeit gebietet, wird abgelehnt, im Gegenteil der Leistungsanspruch soll merklich eingeengt werden. In der Schlichtungsfrage will man die Zwangsvermittlung beseitigt wissen, auf dem Unfallgebiet strebt man sich gegen gleichberechtigte Versichertenvertreter selbst bei der Schaffung der Unfallverhütungsvorschriften. Kurz und gut, man kann sagen, Herr Blasse hatte in jedem Betracht seine Argumente dem bekannten Arsenal der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände entnommen.

Es ist sicher unbeschreiblich übertrieben und ungerecht, wenn der Referent die Frage stellte, ob man nicht von einer Aufblähung der Sozialversicherung reden könne. Wird man eine Arbeitslosenunterstützung von etwa 10 ℳ pro Woche, wie sie der erwachsene, selbständige, arbeitslose Arbeiter erhält, etwa als übertrieben hoch bezeichnen wollen? Ist es vielleicht zuviel, daß man der versicherten werdenden Mutter vor der Entbindung die geringe Unterstützung von drei Vierteln des Grundlohns gewährt? Oder darf man dem 65jährigen Invalidenrentner neidisch sein, daß man ihm seine Tagesunterstützung von 35 ℳ vor dem Kriege nach der Geldentwertung nun auf etwa eine Mark angesetzt hat?

Man sollte es sich unseres Erachtens ersparen, immer erneut mit dem Schlagwort Sozialbelastung Tatsachen verschleiern zu wollen. Je zermürbender die kapitalistische Arbeitstechnik wird, um so mehr wird auch die Zahl der Opfer wachsen. Und wenn der kapitalistische Wirtschaftsprozeß in seiner Unbrauchbarkeit immer neue Notstände schafft, dann wird er auch für die Folgen aufkommen müssen. Derartigen Verhältnissen steht die Arbeiterschaft heute gegenüber. Es ist nur zu bedauern, daß weite Kreise des Unternehmertums diese Dinge nicht sehen wollen und ihnen unverständig gegenüberstehen.

Die Sozialdemokratie zur Frage: Krieg und Abrüstung

Das Weltproletariat kennt in Wirklichkeit keine „nationalen" Gegensätze. Der schärfste Gegensatz unter der kapitalistischen Herrschaftsweise ist der Klassengegensatz. Deshalb haben die Proletarier aller Länder die gleichen Sorgen, die gleichen Existenzinteressen.

Nationale Gegensätze gibt es daher eigentlich nur vom kapitalistischen Gesichtspunkte aus. Nationale Unterschiede sind nicht zu verwechseln mit nationalen Gegensätzen. Nur der Kapitalismus und der Imperialismus ist es, der immer neue Konflikte und die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in sich birgt.

Die Verteter des Kapitalismus und die Forderer der Kriegsrüstungen haben immer wieder versucht, das wirkliche Bild zu verschleiern und die Arbeiterschaft für ihre Ziele einzufangen. Der Leidtragende in jedem Kriege ist aber immer wieder in jedem Lande das Proletariat gewesen. Deshalb ist allein die Abrüstungspolitik, die Friedenspolitik, das allgemeine Ziel des Proletariats der ganzen Welt.

Daneben besteht aber die Frage, wie sich das Proletariat, solange die Kapitalistenklasse die Herrschaft in den Händen hat, sich durch diese Herrschaft die Völker in Waffen starrend gegenüberstehen, taktisch zu verhalten hat. Die Stellung des Proletariats nach dieser Richtung hin ist bereits in mehreren Beschlüssen des IGB. festgelegt.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie behandelte diese Frage speziell vom deutschen Gesichtspunkte aus. Es wurden um diesen Gegenstand recht bedeutsame Debatten geführt. Das Endergebnis ist die Annahme von Richtlinien zur Abrüstungsfrage und zur Wehrfrage, die folgenden Wortlaut haben:

I.

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens.

Sie ist entschlossen, gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.

II.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkriegs durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verletzen, andern Mächten Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsübereinkommen und zu noch stärkeren Rüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.

III.

Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstags über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.
2. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dient.
3. Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
4. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.
5. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestentnimgents für den aus dem Mannschaftsstand zu entnehmenden Offiziersersatz.
6. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
7. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die immer stärker hervortretende Absicht führender Militärs aller Länder, völkerrechtliche Hemmungen der Kriegsführung, die in jahrtausendelanger Entwicklung (Genemingt geworden sind, gänzlich zu beseitigen und den Zukunftskrieg rücksichtslos über die Heeresfronten hinweg gegen die Zivilbevölkerung zu kehren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands brandmarkt diese Absicht und fordert die Neufestigung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegsführung.

V.

Die sozialistischen Forderungen können nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen, durch Erziehung und Unterricht im Geiste des Friedens, um auch die moralische Abrüstung vorzubereiten, und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausdehnung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird."

Für die Gewerkschaftsjugend

Heute noch heißt es beginnen!

Immer wieder haben den Wind
und den reißenden Strom wir bezwungen,
wo immer nur Feinde und Gegner sind,
da stehen wir Jungen.

Wir haben begonnen, die Not und das Leid
und das Elend zur Erde zu zwingen,
und ist auch die Welt voller Feigheit und Neid,
wir wissen, das Werk wird gelingen.

Denn wir sind die Jungen und Jungsein ist Kraft
und in uns ist Mut und Vertrauen
und das Wissen darum, wer das Heute nicht schafft
wird auch das Morgen nicht bauen.

Und bringt jeder Tag auch nur einen Schritt
uns weiter dem Ziele entgegen,
und nimmt jeder auch nur einen mit,
der abseits stand an den Wegen,

es wird doch mit jedem einzigen Mann,
leichter für jeden zu streiten
und jeder Schritt bringt uns näher heran
an die kommenden besseren Zeiten.

Vorwärts darum mit geschwellter Brust:
heute noch heißt es beginnen,
wir haben nicht Zeit zu vergehender Lust,
denn es gilt eine Ewigkeit zu gewinnen.

Erich Grisar.

Die proletarische Jugend

Fragen der organisatorischen Zusammenfassung.

Die endgültige Organisationsform für die Jugend des Proletariats im Sinne einer Massenorganisation ist noch trauter Gegenstand von Erörterungen. Das Problem ist deswegen kompliziert, weil die Jugend immer nur als Altersschicht organisatorisch zu erfassen ist. Heinrich Stoffer, ein österreichischer Genosse, bringt jetzt im Verlage von Karl Zwing in Jena eine Schrift heraus*), die einmal zusammenfassend die Probleme der proletarischen Jugendorganisation in Erörterung bringt. Verfasser zeigt, welche große Bedeutung der heranwachsenden Jugend in der Gesellschaft, in der Wirtschaft wie in der Politik zuzumessen ist. Das Buch behandelt alle bedeutsamen Fragen der Jugendorganisation, es erhält eine Fülle von geschichtlichem Material und wird deshalb allen Jugendgenossen willkommen sein. Insbesondere wird registriert, daß der Gedanke sich langsit durchgerungen hat, daß die Jugend zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in die gewerkschaftliche Organisation gehört. Zum Thema „Jugend und Gewerkschaft" wird folgendes ausgeführt:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen stehen heute als wichtige Faktoren im wirtschaftlichen Kampf. Sie haben in vielen Ländern schon wesentlich mitbestimmenden Einfluß auf Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsgerichtsbarkeit, Sozialversicherung, Arbeitshygiene usw. Der gewerkschaftliche Kampf spielt auf den verschiedensten Schauplätzen, die gewerkschaftliche Propaganda muß mit den verschiedensten Vorurteilen und Widerständen ringen, die Vertreter der Gewerkschaften sitzen in vielen Institutionen, in denen nur gründliche Sachkenntnis und gewerkschaftliche Vorbildung sie befähigt, die Sache der Arbeiter und Angestellten mit Erfolg zu vertreten. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind heute umfangreiche Gebilde mit einem gewaltigen Verwalt-ungs-, Bildungs-, Propagandaapparat. Sie sind über Streik- und Unterstützungsvereine hinausgewachsen zu Organisationen, die die Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorbereiten.

Diese Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgaben bedingt eine Intensivierung und Verbesserung der Methoden gewerkschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit. Nicht nur eine kleine Schicht von führenden Funktionären, sondern die breite Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft müssen vertraut werden mit dem ganzen weiten Feld gewerkschaftlichen Wirkens, müssen umzugehen lernen mit den Waffen des gewerkschaftlichen Kampfes, müssen auch eindringen in das Verständnis der Betriebs- und Wirtschaftsführung, müssen sich vorbereiten auf die großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

Diese Kenntnisse, diese Fähigkeiten erwirbt man nicht im Handumdrehen. Darum kommt die proletarische Jugend in den freigewerkschaftlichen Jugendorganisationen zusammen und lernt. In Vortragen und Kursen, in Diskussionen und Arbeitsgemeinschaften erwirbt sie sich das geistige Rüstzeug für den gewerkschaftlichen Kampf. Aber Hand in Hand mit dieser theoretischen Ausbildung geht die praktische Erlernung gewerkschaftlichen Wissens durch die Selbstbetätigung der Jugend in ihrer eigenen Organisation, durch die Anteilnahme an den Kämpfen ihrer Klasse.

Sehr mit Recht heißt es in dem Bericht über die Lehrlingsbewegung an den österreichischen Gewerkschaftskongreß 1928:

Die gesteigerte Macht bringt neue Aufgaben und die Vergesellschaftung der Produktion kann nur das Werk der Gewerkschaften sein und sie werden dieses Werk nur vollbringen können, wenn sie über genügend geschulte und befähigte Kämpfer verfügen werden. Der erste Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft — das Betriebsrätegesetz — hat schon gezeigt, welche großen Aufgaben hier der Lösung harren . . . Für die Bildungsarbeit an der arbeitenden Jugend in den freien Gewerkschaften darf keine Mühe gescheut werden und darf auch kein Opfer zu groß sein."

Das sind sicher beherzigenswerte Worte. Aber auch die Abschnitte des Buches, die von der politischen und sonstigen Betätigung der Arbeiterjugend handeln, sind von großer Wichtigkeit. Dem Buch ist deshalb zu wünschen, daß es unter unserer Jugend Beachtung und Verbreitung findet.

*) Die proletarische Jugend, ihre Stellung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Wer muß die Erkrankung eines Lehrlings der Berufsschule mitteilen?

Kürzlich wurde ein Handwerksmeister in Strafe genommen, weil er die Erkrankung eines Lehrlings dem Leiter der Berufsschule nicht mitgeteilt hatte. Dieser beantragte gerichtliche Entscheidung, worauf das Amtsgericht den Handwerksmeister freisprach, weil nicht er, sondern der Vater der Berufsschule von der Erkrankung seines Sohnes hatte Mitteilung machen müssen. Die Staatsanwaltschaft hat diese Entscheidung durch Revision beim Kammergericht angefochten. Dieses hob die Vorentscheidung auf und verurteilte den Handwerksmeister zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht ging von folgender Voraussetzung aus: Lebt ein Lehrling nicht in der häuslichen Gemeinschaft mit dem Lehrherrn, so hat der Vater dem Leiter der Fortbildungsschule Mitteilung von der Erkrankung seines Sohnes zu machen, falls dieser nur einen Tag krank ist; wahrt die Erkrankung des Lehrlings aber mehrere Tage, so hat der Leh herr dem Leiter der Fortbildungsschule Mitteilung zu machen. Diese Entscheidung sinnt sich auf ein Ortsstatut, welches einen Unterschied mache, ob ein Lehrling einen Tag oder mehrere Tage erkranke. Der Verfasser des Ortsstatuts sei von der Erwägung aus-

gegangen, daß es besonders in Großbetrieben der Lehrherr nicht gewahr werden durfte, wenn der Lehrling nur einen Tag wegen Erkrankung im Betriebe fehlte; in diesem Falle liegt es dem Vater ob, dem Leiter der Fortbildungsschule Mitteilung zu machen; sehe hingegen der Lehrling mehrere Tage im Betriebe, so sei anzunehmen, daß der Lehrherr davon Kenntnis erhalten und dem Leiter der Fortbildungsschule Nachricht geben müsse.

Zum Kapitel: Vereinigungsfreiheit der Lehrlinge

In weiten Kreisen herrscht noch Unklarheit darüber, wie groß die Rechte des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling sind. Nach der Gewerbeordnung unterstehen die Lehrlinge der „väterlichen Zucht" des Lehrherrn. Das Empfinden des modern denkenden Menschen sträubt sich allerdings dagegen, dem Lehrherrn so weitgehende Rechte in persönlichen Angelegenheiten einzuräumen. Zum mit der „Väterlichkeit" auch heute noch großer Mißbrauch getrieben wird.

Wichtig für den Lehrling als Arbeitnehmer und die Arbeiterschaft an sich ist die Frage. Steht dem Lehrherren das Recht zu, dem Lehrling den Beitritt zu einer Vereinigung (z. B. zu einer Gewerkschaft) zu verbieten? Die Frage ist zu verneinen. Jugendliche und deren Eltern, die hier auf Schwierigkeiten stoßen, können sich auf ein Urteil berufen, das das Landgericht Bautzen am 26. November 1926 gefällt hat. Dies wird ausgeführt:

„Die Vereinigungsfreiheit ist durch die Reichsverfassung gewährleistet. Darüber hinaus werden in Artikel 159, Satz 2, alle Abreden und Maßnahmen, welche die Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, für rechtsunwirksam erklärt. Die Vereinigungsfreiheit gilt auch für Minderjährige . . . Der Beitritt des Lehrlings zu einem Verein zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen kann nicht von der Zustimmung des Lehrherrn abhängig gemacht werden, denn insoweit steht der Lehrherr dem Lehrling nicht als Erzieher zur Seite, sondern als Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber. Die Vertragsbestimmung, daß der Lehrling Vereinen irgendwelcher Art nur mit Genehmigung des Lehrherrn beitreten darf, ist eine Abrede, die die Vereinigungsfreiheit einzuschränken sucht; sie ist nichtig."

Nach diesem Urteil ist klargestellt, daß der Beitritt Jugendlicher zu einer Vereinigung allein von der Erlaubnis des gesetzlichen Vertreters (Vater oder Vormund) abhängig ist, nicht aber von der Zustimmung des Lehrherrn.

Physikalische Einheiten

Ein Kilogramm-Meter [Kgm] ist die Einheit der Arbeit: man hebe ein Kilogrammgewicht einen Meter hoch.

Eine Kalorie [C] ist die Einheit der Wärmemenge. Führt man sie einem Kilo Wasser von 15 Grad zu, so erwärmt sich das Wasser um einen Grad.

Eine Kilowattstunde [kWh] ist die Einheit der elektrischen Arbeit (oder Energie). Ein Strom von 200 Volt Spannung und 5 Ampère Stärke produziert diese Arbeit in einer Stunde. Sie entspricht in ihrem wirtschaftlichen Wert ungefähr einem Kilo Kohle und sie hat genau den Wert von 860 Kalorien.

Ein Kilowatt [kW] ist die Einheit der Leistung. Bezieht sich auf eine Energiequelle oder auf eine Energiemaschine. Ist vorhanden, wenn stündlich die eben erklärte Kilowattstunde geleistet werden kann. Ist gleich 1/3 PS.

Eine Pferdekraft [PS] ist die früher gebrauchte Leistungseinheit. Sie kommt zustande, wenn pro Sekunde eine Arbeit von 75 Kilogramm Meter geleistet wird. Ein wirkliches Pferd leistet im 8-Stunden-Tag nur etwa 1/10 PS.

Eine Menschenkraft [N] (= eine Norm) beträgt im Jahresdurchschnitt etwa 1 kgm sec, d. h. die Jahresarbeit eines Mannes, abgesehen von jeder geistigen Arbeit, macht etwa 30 Millionen Kilogramm Meter aus.

Liegt dir gestern klar und offen,
wieß du heute kräftig, frei;
darfst auch auf ein Morgen hoffen,
das nicht minder glücklich sei!

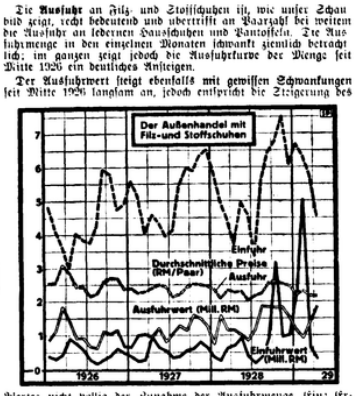
Goethe

Der deutsche Außenhandel mit Filz- und Stoffschuhen

Während die Ausfuhrstatistik in Schuhwaren im Ergebnis unterscheidet zwischen Straßenschuhen und Hausschuhen, gibt sie auch eine gesonderte Uebersicht über die Aus- und Einfuhr von Filz- und Stoffschuhen. Hier sind einbezogen die Nr. 536 und 527 des Zolltarifs („Schuhe aus Tuchecken, Tuchleisten geflochten, ohne angenähte Sohlen aus anderen Stoffen" und „Schuhe aus Gespinsten oder Filzen mit Sohlen aus anderen Stoffen"). Dabei ist zu bemerken, daß die Ausfuhr dieser beiden Gruppen in der amtlichen Außenhandelsstatistik ohne hin zusammengefaßt wird; in der Einfuhr ist bei der ersten Gruppe im Lauf der letzten drei Jahre nur in dem einen Monat März 1926 ein Betrag von 1200 Paar im Werte von 1000 ℳ ausgewiesen. Diese Gruppe hat also auch für die Einfuhr keinerlei Bedeutung.

Die Ausfuhr an Filz- und Stoffschuhen ist, wie unser Schaubild zeigt, recht bedeutend und übertrifft an Paarzahl bei weitem die Ausfuhr an ledernen Hausschuhen und Pantoffeln. Die Ausfuhrmenge in den einzelnen Monaten schwankt ziemlich betrachtlich; im ganzen zeigt jedoch die Ausfuhrkurve der Menge seit Mitte 1926 ein deutliches Ansteigen.

Der Ausfuhrwert steigt ebenfalls mit gewissen Schwankungen seit Mitte 1926 langsam an, jedoch entspricht die Steigerung des



Wertes nicht völlig der Zunahme der Ausfuhrmenge. Eine Ermittlung des durchschnittlichen Ausfuhrpreises, der natürlich durch die Art der ausgeführten Ware mit beeinflußt wird, zeigt von 1926 bis Mitte 1928 ein sehr langsames, aber immerhin deutlich bemerkbares Zurückgehen. 1928 war eine leichte Besserung des durchschnittlichen Ausfuhrpreises eingetreten. Der seither eingetretene Aufgang scheint mindestens zum Teil durch die Aenderung der Zusammensetzung der Ausfuhr infolge der Jahreszeit bedingt zu sein.

Die Einfuhr in der gleichen Tarifgruppe ist im Durchschnitt bedeutend geringer als die Ausfuhr. Im Lauf der Jahre 1928 und 1929 hat jedoch die Einfuhr sowohl nach Menge als nach Wert sehr beträchtlich zugenommen, so daß deren Werte nach die Ausfuhr reichlich eingeholt worden ist. Wie wir schon mehrfach feststellen konnten, rührt das daher, daß in den letzten Jahren von dem Artikel Gummistiefelüberschuhe, die unter dieser Tarifposition laufen, beträchtliche Mengen vom Ausland eingeführt wurden. Dieses Ansteigen der Einfuhr vollzieht sich allerdings mit sehr beträchtlichen Schwankungen, bedingt durch die Jahreszeit.

Der durchschnittliche Preis der eingeführten Filz- und Stoffschuhe lag immer schon sehr bedeutend höher als der für die ausgeführte Ware. Offenbar werden aus dem Auslande außer dem Gummi-Ueberschuh hauptsächlich hochwertige Schuhe, vermutlich namentlich Strand- und Tennisschuhe eingeführt. Auch in der Durchschnittspreiskurve der Einfuhr kommt deutlich der Einfluß der Jahreszeit zur Geltung: Gegen den Winter hin, also vor Weihnachten, steigen die Durchschnittspreise regelmäßig stark an, während sie zum Frühjahr betrachtlich abfallen. Im ganzen hat, gedrückt von diesen Schwankungen, die Kurve der durchschnittlichen Einfuhrpreise offenbar eine steigende Richtung. Sp.

10 Gebote zum Sonnenbaden!

1. Bereite deinen Körper dadurch auf Sonnenbaden vor, daß du allmorgens, schon im Frühjahr beginnend, a) deinen Körper kalten Abwaschungen unterziehst und anschließend gut abfrottierst, b) bei geöffnetem Fenster etwa eine Viertelstunde Freiübungen vornimmst, selbstverständlich mit vollständig entblößtem Körper.

2. Deine häuslichen Arbeiten verrichte nach Möglichkeit mit unbekleidetem Körper, damit er sich an die freie Luft gewöhnt. Dasselbe gilt für deine Freizeit, die du im Hause zubringst.

3. Mit Beginn der warmen Jahreszeit gewöhne deinen Körper auch draußen an die freie Luft, jedoch etappenweise: erst Arme und Beine und mit der Zeit den ganzen Körper. Dadurch eignet sich dein Körper eine bedeutend stärkere Reaktionsfähigkeit gegenüber äußeren Einflüssen an.

4. Vermeide bei den Sonnenbädern die Stunden des starken Sonnenbrandes, im Hochsommer die Stunden zwischen 11 und 3 Uhr mittags.

5. Schlafe nie in einem Sonnenbade; schwere Erkrankungen mit Hautverbrennungen, die eventuell zum Tode führen können, sind die Folgeerscheinungen einer derartigen unsinnigen Tat.

6. Halte deinen Körper beim Sonnenbad durch Spiel und Sport in ständiger Bewegung, auf daß die guten Wirkungen des Sonnenbades deinem ganzen Körper und nicht nur einzelnen Partien zugute kommen.

7. Dehne ein Sonnenbad nicht über die Zeit von einer Stunde aus, da dies deinem Körper nicht erträglich ist. Hautverbrennungen, Kopfschmerzen, Schwindelanfälle, Schlaflosigkeit, Nervosität und allgemeine Unruhe sind oft langwierige Folgeerscheinungen eines übertriebenen Sonnenbades.

8. Nehme nie ein Sonnenbad nach einer starken Mahlzeit, weil dies sonst einen starken Blutandrang zum Magendarmkanal hervorruft. Dasselbe gilt auch für Frauen und Mädchen zur Zeit der Regel.

9. Beschließe jedes Sonnenbad mit einem kurzen, kalten Schwimmbad, zumindest aber mit einer kalten Körperabwaschung.

Pünktliche Beitragszahlung sichert Deine Rechte. Diese Woche ist der 27. Beitrag fällig!

Der Schatz der Sierra Madre

Copyrigth by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Roman von B. Traven.

(8. Fortsetzung.)

Jetzt natürlich kehrte die zweite Kolonne sofort von dem halben Pakte ab und beschuldigte die erste Kolonne des Verrats. Ein Mann wurde abgeschickt, um auch die letzte Kolonne herbeizuholen, und als sie angelangt war, wurde Rat gehalten. Es wurde beschlossen, die drei Mitglieder der ersten Kolonne wegen der trabsichtigten Unterschlagung des Fundes zu dingen.

Die drei wurden gehangt. Es erfolgte kein Widerspruch, denn es fielen drei Anteile weg, die nun unter die übrigbleibenden zwölf mit verteilt werden konnten.

Dann wurde an die Arbeit gegangen, und die Mine wurde bloßgelegt. Es war in der Tat eine unverschämtlich reiche Mine. Aber nach einiger Zeit wurden die Lebensmittel so knapp, daß fünf Mann abgeschickt wurden, um Lebensmittel heranzuholen.

Harry Tilton, der mir selber die Geschichte erzählte, sagte, daß er mit dem, was bis jetzt auf seinen Anteil falle, zufrieden sei, und daß er mit den fünf Mannern, die Lebensmittel holen gehen, abwandern wolle. Er nahm seinen Anteil und zog ab. Es wurden ihm dafür in der Bank achtundzwanztausend Dollars ausbezahlt. Für das Geld kaufte er sich eine Farm, wo er sich dauernd niederließ.

Die fünf Mann, die um Lebensmittel gegangen waren, kauften Packpferde ein, bessere Werkzeuge, reichlich Lebensmittel und ließen ihr Nutzungsrecht registrieren. Dann kehrten sie zurück.

Als sie bei der Mine ankamen, fanden sie das Camp niedergebrannt und die zurückgebliebenen Manner einsam, oder richtiger, von den Indianern erschlagen. Das Geld war nicht angetastet. Nach den Spuren zu urteilen, hatte ein furchtbarlicher Kampf stattgefunden in der Zeit, während die Leute fort waren, um Lebensmittel zu besorgen. Die zurückgekehrten Manner begruben die getöteten Kameraden und begannen, weiter in der Mine zu arbeiten.

Es vergingen nur drei oder vier Tage, da kehrten die Indianer zurück. Sie waren mehr als achtzig Mann stark. Sie griffen sofort an und töteten nun auch noch den Rest. Einer dieser Leute aber war nicht getötet worden, sondern nur schwer verwundet. Als sein Bewußtsein wiederkam, kroch er voran. Tagelang oder wochenlang. Er wußte es nicht. Endlich wurde er von einem Farmer gefunden und zu dessen Hause gebracht. Er erzählte seine Erlebnisse. Ehe er jedoch genau den Ort, wo sich das alles zugetragen hatte, bezeichnen konnte, starb er an seinen Wunden. Die Farmer der Gegend, wo der Mann gestorben war, machten sich auf, die Goldmine zu finden. Sie suchten viele Wochen, aber sie fanden sie nicht.

Harry Tilton, der in einen der Nordstaaten gegangen war, erfuhr von den Dingen, die sich hier ereignet hatten, nichts. Er kümmerte sich nicht mehr darum, lebte zufrieden auf seiner Farm, und er glaubte alle seine Kameraden, die mit ihm ausgezogen waren, reiche oder wohlhabende Leute, die, nachdem sie genügend Gold erworben hatten, nach dem Osten gereist seien. Er war an sich ein schweigsamer Mensch. Er hatte davon gesprochen, daß er sein Geld durch Goldgraben erworben hatte. Aber das war nicht ungewöhnlich. Da er nicht übertrieb, sondern, wenn er schon von seiner Goldgrabertzeit sprach, nur ganz schlicht und einfach erzählte, so kam diese reiche Mine ganz in Vergessenheit.

Mit der Zeit jedoch verdichtete sich das Gerücht immer mehr, daß Tilton sein Geld in wenigen Tagen erworben habe. Das bestritt er nicht. Und daraus schloß man, daß die Stelle, wo er das Gold gegraben habe, sehr reich an Schätzen sein müsse. Immer mehr Glücksjäger bedrängten ihn, doch einen Plan auszuarbeiten, so daß man die Mine wiederfinden könne. Er tat es schließlich auch. Aber inzwischen waren mehr als dreißig Jahre vergangen. Sein Gedächtnis war nicht mehr so gut. Ich war mit einer der Kolonnen ausgezogen, die dem Plane nachgingen.

Wir fanden die Orte alle, die Tilton angegeben hatte. Aber die Mine selbst fanden wir nicht. Sie war vielleicht damals durch einen Bergsturz oder durch ein Erdbeben verschüttet worden, oder die Indianer hatten alle Spuren verwischt, und sie hatten es so gut getan, daß nichts zu finden war. Sie wollten keine Leute in ihrem Gebiete haben; denn eine solche Mine hatte Hunderte von Menschen herangelockt und die Gegend in einen solchen Tumult geworfen, daß das Leben, das sie zu führen gewohnt waren, verdorben wäre.

Ja, wenn man so eine Mine finden könnte", beendigte Howard seine Erzählung, „wäre man gemacht. Aber da kann man vielleicht sein ganzes Leben lang suchen, und man findet nichts. Das ist wie mit jedem andern Geschäft. Wenn man das rechte Geschäft findet, und man hat Glück, dann hat man seine Goldmine. Jedenfalls, wenn ich auch ein alter Knabe schon bin, ich mache immer wieder mit, wenn es auf Gold losgeht. Aber man braucht Kapital wie für jedes andre Ding."

Die Geschichte, die Howard hier erzählt hatte, entbielt nichts, das ermutigte, und nichts, das warnte. Es war eine übliche Goldsuchergeschichte, zweifellos wahr und doch wie ein Märchen klingend. Aber alle Geschichten, die von reichen Gewinnen erzählen, klingen märchenhaft. Um zu gewinnen, muß man wagen. Wer Gold haben will, muß es suchen gehen. Und Dobbs beschloß in dieser Nacht, auf die Goldsuche zu gehen, selbst wenn er nur mit einem Taschenmesser ausgerüstet sein sollte.

Nur eine Frage, eine einzige Frage war es, die sich in seinen Plan drängte. Sollte er allein gehen oder mit Curtin oder mit dem alten Howard oder mit Curtin und Howard?

6.

Es war am nächsten Morgen, als Dobbs die Geschichte, die er von Howard gehört hatte, an Curtin weitererzählte. Curtin hörte andächtig zu. Endlich sagte er: „Ich glaube, das ist eine wahre Geschichte."

„Aber natürlich ist es eine wahre Geschichte. Warum sollte sie denn erlogen sein?" Dobbs war höchst verwundert, daß jemand die Richtigkeit der Geschichte bezweifeln könnte. Daher dieser Zweifel, den Curtin geäußert hatte, hatte eine Einwirkung auf ihn. Ihm war die Geschichte so natürlich erschienen wie die Tatsache, daß es Morgen sei, wenn die Sonne aufgeht, und Abend, wenn sie untergeht. Es war nichts in der Geschichte enthalten gewesen, was er dichtet hatte sein können. Der Zweifel jedoch, den Curtin in seine Frage gelegt hatte, machte die Geschichte abenteuerlich. Und während Dobbs bisher das Suchen von Gold mit ebenso nüchternen Augen angesehen hatte wie das Suchen von passenden Stiefeln in den verschiedenen Schuhgeschäften einer Stadt oder wie das Suchen nach Arbeit, sah er plötzlich ein, daß Goldsuche unbedingt mit etwas Unheimlichem umgeben sein müsse. Nur darum war ihm jetzt so sonderbar zumute, weil er dieses Unheimliche, Mystische, Fremdartige niemals vorher empfunden hatte, wenn von Goldsuchern die Rede war. Als Howard ihm die Geschichte so trocken erzählt hatte, hatte er keine andere Empfindung gehabt als die, daß Gold und Steinkohle im Grunde ganz dasselbe seien, daß Steinkohle einen Menschen, der sich mit ihr befaßt, genau so reich machen kann, als wenn es sich um Gold handelt.

„Erlogen?" sagte Curtin. „Davon habe ich nichts gesagt. Die Geschichte an sich ist nicht erlogen. Da gibt es Hunderte solcher Geschichten. Ganze Berge solcher Geschichten habe ich in den Zeitschriften gelesen, die solches Zeug drucken. Aber ich glaube, die Geschichte ist, auch wenn alles andre unwahrscheinlich sein sollte, sicher wahr in jenem Teil, wo diese drei Burschen beschließen, die übrigen von der Kompagnie übers Ohr zu hauen und kalt abfahren zu lassen."

„Richtig!" Dobbs nickte. „Das ist der Fluch, der auf dem Gold lastet." Als er das sagte, kam ihm klar zum Bewußtsein, daß er einen solchen Satz eine Stunde vorher nicht gesprochen haben wurde, weil ihm der Gedanken gekommen wäre, daß Fluch am Gelde haften müsse.

Curtin hatte eine derartige Wandlung in seiner Anschauung nicht mitgemacht. Vielleicht nur darum nicht, weil ihm ein so unerwarteter Zweifel nicht gegenübergetreten war, wie ihn jetzt Dobbs erlebt hatte.

Dieses innere Erlebnis, das Dobbs in dieser Minute gehabt hatte, trennte diese beiden Männer, ohne daß es ihnen zum Bewußtsein kam. Es war eine Trennung innerhalb ihrer Gedankenwelt. Wo nun an gingen beide einem andern Ziel ihres Lebens entgegen. Ihre verschiedene Schicksalsbestimmung begann sich zu sondern.

„Auch auf dem Gelde?" sagte Curtin widersprechend. „Jede ist nicht. Wo ist denn der Fluch? Es liegt ebensowiel Segen darauf. Es hängt nur davon ab, wer es in Händen hat. Die bestimmten Charaktereigenschaften seines Besitzers schaffen den Fluch oder den Segen. Gib einem Schurken Kieselsteine in die Hand oder irgendne Schwamme, er wird sie gebrauchen, um einen Schurkenstreich damit zu verüben."

„Habgier ist die einzige Charaktereigenschaft, die Gold in seinem

Der neue Reparationsplan

Nach siebenwöchigem Kampf, der reich an Ueberraschungen und Krisen war, ist in Paris eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Wenn die Regierungen der beteiligten Länder den Vorschlag der Sachverständigen annehmen, tritt an Stelle der Dawesregelung von 1924 das sogenannte Partier Young-Kompromiß. Die Verhandlungen in Paris und ihr Ergebnis werden wohl am besten durch folgende Tabelle festgehalten, in der die Anforderungen aus dem Young-Kompromiß dem Dawesplan und den Vorschlägen der Gläubigerstaaten und der deutschen Delegation gegenübergestellt werden. Die dritte Spalte enthält den mit 5,5 Prozent errechneten Gegenwartswert der Gesamtleistungen.

	Zahl der Jahre	Jährl. Durchschnittsleistung	Gegenwartswert insgesamt
		(in Millionen Reichsmark)	
Dawesplan	unbestimmt	2500	—
Vorschlag der Alliierten	37 Jahre	2198	
	21 Jahre	1700	39,500
	1 Jahr	900	
Vorschlag Schachts	37 Jahre	1650	26,500
Young-Kompromiß	37 Jahre	2050 (mit Dawes-Zins)	33,500
	21 Jahre	Ueberschüsse der Reparationsbank (unbestimmt).	

Das Youngkompromiß verlangt von Deutschland eine durchschnittliche, 37 Jahre lang zu leistende Annuität von rund 2050 Millionen Mark einschließlich der Zinsen für die Dawesanleihe und von 1929 Millionen Mark ausschließlich dieser Zinsen für die des Uebergangsjahr 1929/30, in dem Deutschland fünf Monate lang nach dem Dawesplan und sieben Monate lang nach dem Youngplan zu zahlen hat — der Youngplan gilt genau 36 Jahre und 7 Monate, das Youngjahr rechnet, wie das deutsche Etatsjahr, vom April zu April —, und für die folgenden zehn Youngjahre ergeben sich gegenüber dem Dawesplan folgende Zahlungsverpflichtungen Deutschlands:

Etatsjahr	Jahreszahlung:	Davon Sachlieferung: (in Millionen Mark)	Weniger als Dawesplan:
1929/30	1933	etwa 750	— 567
1930/31	1708	750	— 792
1931/32	1685	700	— 815
1932/33	1738	650	— 762
1933/34	1804	600	— 696
1934/35	1867	550	— 633
1935/36	1893	500	— 607
1936/37	1940	450	— 560
1937/38	1977	400	— 523
1938/39	1995	350	— 505
1939/40	2043	300	— 457

Ab 1940/41 steigen die Jahresleistungen auf 2200 bis 2300 Millionen Mark an. Der Unterschied gegenüber dem Dawesplan verringert sich entsprechend.

Die hauptsächlichsten Veränderungen gegenüber dem Dawesplan sind folgende: Die Dauer der Reparationsleistungen ist auf 37 Jahre festgelegt, während der Dawesplan keine bestimmte Dauer hatte. Der Dawesplan sah auch für die deutschen Zahlungen keine Endsumme vor. Allerdings wird im Youngkompromiß auch keine Endsumme festgelegt; die deutsche Leistung wird aber auf 37 Jahre beschränkt. In den folgenden 21 Jahren sollen die Alliierten noch die Ueberschüsse der Reparationsbank erhalten, deren Höhe niemand kennt, die aber die Schuldzahlungen der Alliierten an Amerika in den vorgesehenen 21 Jahren decken sollen. Gegenüber dem Dawesplan bedeutet das Youngkompromiß jährliche Zahlungserleichterungen, die von 815 Millionen Mark auf etwa 200 Millionen Mark bei den höchsten Jahresleistungen ausmachen. Die Sachleistungen auf Reparationskonto werden von rund 750 Millionen Mark im Uebergangsjahr ununterbrochen um 50 Prozent abgebaut.

Die pfandmäßige Belastung der Reichsbahn mit 11 Milliarden Mark Reichsbahnobligationen wird beseitigt. Die Reichsbahn trägt für 37 Jahre gleichmäßig 615 Millionen Mark (bisher 660 Millionen) zu den Reparationen bei und führt sie der Reparationsbank über deren Konto bei der Reichsbank direkt zu. Auch die Belastung der Industrie mit 5 Milliarden Industrieobligationen wird aufgehoben. Die Industrie hat über die der Industriebelastung entsprechenden 330 Millionen Mark pro Jahr aufzubringen, wie auch bei der Reichsbahngesellschaft die Verkehrssteuer von mindestens 290 Millionen Mark in Kraft bleibt. Daran ändert das Youngkompromiß nichts.

Wesentlich für den Youngplan ist die Tatsache, daß man eine Zwecklösung gesucht und gefunden hat. Die deutsche Gesamtleistung soll unbedingt sicherstellen:

1. Die **Abgeltung der Kriegsschäden**, d. h. Zahlungen für die eigentlichen Reparationen. Von jeder Jahresleistung werden 37 Jahre lang jährlich und gleichmäßig rund 743 Millionen Mark dazu verwendet. Diese 743 Millionen Mark pro Jahr sind die Grundlage für die vorgesehene teilweise Umwandlung der deutschen Leistungen in private Reparationsanleihen, die man **Kommerzialisierung** nennt. Damit dieser Betrag auch jedes Jahr sicher zur Verfügung steht, bleibt ein Teil der deutschen Jahresleistungen, insgesamt 660 Millionen Mark, die ganzen 37 Jahre hindurch **ungeschützt**. Diese 660 Millionen Mark müssen auf jeden Fall gezahlt werden. Für sie sollt der im Tawesplan vorgesehene Transferschutz fort.

2. **Sicherstellung der interalliierten Schuldenbezahlungen.** Dazu wird die über 743 Millionen Mark hinausgehende Differenz der deutschen Jahresleistungen verwandt. Für diesen Teil der deutschen Leistungen wird zur Sicherstellung der deutschen Wahrung der Transferschutz aus dem Dawesplan übernommen.

Die Durchführung des Transferschutzes erfolgt durch die zu gründende **Reparationsbank**, die ein Kapital von 500 Millionen Mark aus den Kassenfonds des Reparationsagenten erhalten soll. Die Reparationsbank erhält sämtliche Zahlungen Deutschlands und leitet sie weiter. Sie kann, wenn die Umwandlung der deutschen Markzahlungen in Devisen die deutsche Wahrung gefährdet, ein Reparationsmoratorium für den **geschützten Teil** der deutschen Jahresleistungen (1000 bis 1100 Millionen Mark) anordnen. Tritt das Moratorium in Kraft, dann muß Deutschland zwar zahlen. Von der Aufbringung seiner Schuld wird es nicht entbunden; aber die Uebertragung in Devisen unterbleibt. Wird diese Regelung für ein Jahr notwendig, dann kann Deutschland einen vorläufigen Zahlungserlaß für die Hälfte des geschützten Teiles seiner Zahlungen bei der Reparationsbank beantragen. Es nimmt dann das im Youngkompromiß vorgesehene Aufbringungsmoratorium für sich in Anspruch.

Die Errichtung der Reparationsbank macht die Reparationsagenten überflüssig. Mit dem Youngplan verschwindet also auch der Reparationsagent aus Deutschland; mit ihm seine Gehilfen, also der Kommissar für die verpfändeten Zölle und Verbrauchssteuern, der Eisenbahnkommissar, der Kommissar bei der Reichsbank und die Treuhänder für die Eisenbahn- und Industrieobligationen. Das bedeutet die Aufhebung der Pfänder und der Kontrollen.

Was bedeutet die Reparationslast nach dem Young-Kompromiß?

Daß die Sachverständigen in Paris nach einer bewegten und wechselvollen Konferenz schließlich zu einer Einigung gelangten, war offenbar die Folge von politischen Entschlüssen: man wollte endlich diese brennende Streitfrage aus der Welt schaffen. Für die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit fehlten überhaupt die Maßstäbe, zumal sich die Sachverständigen um die im Hintergrund stehenden sozialen Fragen nicht viel kümmerten. Trotzdem verzichten die Gläubiger auf den Versuch den Dawes-Plan umzuändern durchzusetzen. Auf Grund des Dawes-Plans hatte Deutschland auf unbestimmte Zeit jährlich 2½ Milliarden Mark abführen müssen. Dazu noch weitere Zahlungen aus einem äußerst unglücklich aufgestellten Wohlstandsindex. In Paris wurde nun die Zeitdauer der Reparationszahlungen auf 37 Jahre begrenzt, während die Zahlungen aus dem Wohlstandsindex wechselnd fallen gelassen wurden. Die Durchschnittssumme der jährlichen Reparationsleistungen (2050 Millionen Mark, den Schuldendienst für die 800 Millionen Mark Dawes-Anleihe eingerechnet) bedeutet gegenüber dem Dawes-Plan eine erhebliche Erleichterung, sofern man annimmt, daß die Zahlungen aus dem Dawes Plan ebenso lange hätten laufen müssen, als die Zahlungen aus der neuen Regelung. Hinzu kommt noch, daß durch die Staffelung der Jahreszahlungen die Reichsfinanzen entgegen dem Dawes-Plan in den ersten 10 Jahren erheblich entlastet werden. Die Zahlungen aus dem Wohlstandsindex, die eine weitere Belastung um viele hundert Millionen Mark hätten bedeuten können, werden vollkommen wegfallen. Der Wahrungsschutz, über dessen Wirksamkeit die Meinungen stark auseinandergehen, wird im wesentlichen aufrecht erhalten und nur für 660 Millionen Mark jährlich darauf verzichtet, um die Mobilisierung, d. h. die Umwandlung von der politischen in eine wirtschaftliche Verpflichtung für einen Teilbetrag zu ermöglichen. Vielleicht man die Neuregelung mit dem Dawes-Plan, der im Falle des Mißlingens der Konferenz weiter in Kraft geblieben wäre, so ist es nicht möglich, den großen Fortschritt und die wesentlichen Vorteile der Neuregelung gegenüber dem Dawes-Plan zu verkennen. Die deutschnationale Demagogie, die von diesen Fortschritten keine Kenntnis nehmen will, kann keinen Einsichtigen irreführen. Freilich bleiben die Summen, die noch zu zahlen sind, außerordentlich hoch und stellen eine sehr große Belastung dar, wie bei der Einseitigkeit der früheren alliierten Mächte anders auch nicht zu erwarten war. Die organisierte Arbeiterschaft steht dem Ergebnis schon deshalb kritisch gegenüber, weil nicht auch eine Vertretung der Arbeiter zu der Konferenz zugelassen wurde. Ein weiterer Aufsatz in nächster Nummer soll die Arbeit der Young-Kommission kritisch beleuchten. Eine vorläufige — Gegenüberstellung ergibt die folgenden Unterschiede der beiden Zahlungsplane:

1. In Paris wurde jetzt der Zahlungsplan zeitlich begrenzt, während im Dawes-Plan die Dauer der Zahlungen unbestimmt blieb. Es kamen zwei Endtermine in Frage: entweder sollten die Zahlungen 37 Jahre laufen, als die Verpflichtung der Reichsbahn und die Sonderbelastung der Industrie auf Grund des Dawes-Planes aufhören sollten, oder aber 58 Jahre, als die Kriegsschulden der Reparationsgläubiger untereinander auf Grund von internationalen Vereinbarungen getilgt sein werden. In Paris erfolgte die Einigung auf 58 Jahre, wobei Deutschland für die letzten 22 Jahre — bestimmte — zur Zeit noch nicht übersehbare — Erleichterungen zugesichert wurden. Die Uebernahme der Zahlungsverpflichtung auf 58 Jahre war bedenklich, sofern man damit eine wesentliche Erleichterung in bezug auf die Höhe der Jahresleistungen und der Zahlungsbedingungen zu erkaufen vermochte. Eine solche Erleichterung wurde in der Tat gewährt, sie wäre aber vielleicht größer geworden, wenn die deutschen Sachverständigen statt ihrer grundsätzlichen Opposition gegen die Verlängerung des Zahlungsplans von vornherein Gegenleistungen für die Ausdehnung der Schuldendauer gefordert hatten.

2. Die Zahlungslast wurde erheblich erleichtert: an Stelle der 2½ Milliarden Mark im Jahr auf Grund des Dawes-Planes tritt eine 37jährige Jahresleistung von durchschnittlich 2050 Millionen Mark, außerdem noch die erwähnten 22 Zusatzleistungen, von 1700–900 Mill. im Jahr, die vermutlich nur zum Teil von Deutschland bezahlt werden brauchen, zum Teil aus Gewinnen der Reparationsbank. Die erhoffte Ermäßigung der internationalen Schulden durch die Vereinigten Staaten soll zu zwei Dritteln Deutschland zugute kommen. Sehr wichtig ist das Wegfallen des sogenannten „Wohlstandsindex", dessen Wirkung die Reparationslast schon bald um jährlich mehrere hundert Millionen, in absehbarer Zeit um eine Milliarde Mark im Jahr erhöht hätte. Der gegenwärtige Kapitalwert des Young-Plans beläuft sich nach Berechnung der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft" auf 39,2 Milliarden Mark, zusätzlich den gegenwärtigen Kapitalwert der letzten 22 Jahreszahlungen in der Höhe von 5,2 Milliarden Mark. Gegenüber betrug der Kapitalwert der deutschen Verpflichtungen auf Grund des Dawes-Plans unter Berücksichtigung des Wohlstandsindex bei 37jähriger Zahlungsdauer 56 Milliarden, bei 58jährigen Zahlungen 71,6 Milliarden Mark. D. h. handelt es sich um eine sehr erhebliche Herabsetzung der Reparationslast.

3. Die Zahlungen werden im Gegensatz zum Dawes-Plan gestaffelt. Sie steigen von 1707 Millionen im Jahr 1930/31 langsam an, erreichen nach zehn Jahren die Dreimilliardengrenze und steigen bis 2428 Millionen im Jahr 1965/66. Diese Staffelung ist nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Schonung der Gegenwart und der Entlastung der Reichsfinanzen zu begrüßen. Sie ist auch deshalb gutzuheißen, weil der

---

Bisher aussieht." Tobbs wunderte sich, wie er zu dieser Meinung kam. Sie erschien ihm fremd. Aber er redete sich ein, daß er diese Meinung nur geäußert habe, um Curtin zu widersprechen.

„Das ist nun blanker Unsinn, was du da sprichst", erwiderte Curtin. Unbeabsichtigt hatte er mehr eine vertrauliche Form der Anrede gewählt, auf die Tobbs ebenso gedankenlos einging, als hätte er den Wechsel gar nicht gefühlt.

„Es kommt doch ganz und gar darauf an", setzte Curtin seine Rede fort, „ob der Besitzer das Gold an sich liebt, oder ob er es nur als Mittel betrachtet, um bestimmte Ziele zu erreichen. Es gibt ja auch in der Armee Offiziere, die mehr darauf sehen, daß das Lederzeug peinlich sauber geputzt ist, als daß sie darauf achten, daß das Lederzeug sich in einem brauchbaren Zustande befindet. Das Gold selbst ist nicht notwendig. Wenn ich jemand glauben machen kann, daß ich viel Gold besitze, kann ich dasselbe erreichen, als wenn ich es wirklich hätte. Es ist nicht das Gold, das die Menschen verwandelt, als vielmehr die Macht, die sie mit Hilfe des Goldes ausüben können, das die Menschen so aufregt, sobald sie Gold sehen oder von Gold auch nur hören."

Tobbs lehnte sich zurück auf der Bank, wo die beiden saßen. Er sah noch und bemerkte auf einem Dache eines der gegenüberliegenden Häuser zwei Arbeiter, die Telefondrähte legten. Sie taten so unsicher, daß man jeden Augenblick erwarten konnte, daß sie abstürzen würden. „Für vier Pesos oder vier Pesos fünfzig der Tag", dachte Tobbs, „und immer die Aussicht, sich das Genick zu brechen oder die Knochen zu zerschlagen; beim Versicherungen ist es ähnlich, nur daß man die Aussicht etwas besser bezahlt bekommt."

Tobbs dachte er, es ist doch ein rechtes Luderleben, das man als Arbeiter führt. Und diesen Gedanken weiterführend, fragte er: „Wurdest du denn deine Freunde verraten, um alles Gold für dich allein zu haben, so wie es die drei versuchten?"

„Das kann ich jetzt nicht sagen", gab Curtin zur Antwort. „Ich glaube nicht, daß es einen einzigen Menschen gibt, der genau weiß, was er tun wurde, wenn er eine große Menge Gold für sich allein erwerben kann, und wenn er eine Gelegenheit hat, andere Teilnehmer auszuhalten. Ich glaube bestimmt, daß noch jeder Mensch anders gehandelt hat, als er selbst erwartete in dem Augenblick, wo er plötzlich viel Geld bekam oder die Möglichkeit hatte, durch eine Handbewegung einen Haufen Gold einzusacken."

Tobbs sah noch immer hinauf zu den Telefonarbeitern. Obgleich er es den Arbeitern nicht gönnte, hoffte er dennoch leise, daß einer herunterfallen möchte, weil das ein wenig Abwechslung in das eintönige Leben gebracht haben würde.

Curtin nun keiner von den Arbeitern herumtrieb, kam ihm zum Bewußtsein, daß er unbequem sitze, und daß zum die Schmerzen taten. Er setzte sich wieder gerade auf die Bank und zündete sich eine Zigarette an. Er sah dem Rauch nach und sagte dann: „Ich würde es machen wie Julion. Das ist das Sichere, und man braucht nicht mehr zu zu schlafen und nicht mehr zu hungrig herumzulaufen. Ich würde mich mit einer kleinen Menge begnügen und meiner Wege ziehen. Die andern mögen sich meinetwegen herumschlagen."

Tobbs wußte nichts darauf zu antworten. Das Thema war erschöpfend von ihnen behandelt, und sie sprachen von etwas anderm, von etwas ganz Gleichgültigem, nur um zu sprechen und nicht so blöde dazusitzen.

Am Nachmittag aber, als sie vom Baden am Flusse zurückgekommen waren und sich den ganzen Weg über gezankt hatten, daß sie die lange staubige Avenida hatten laufen müssen, weil sie die fünfzehn Centavos für die Straßenbahn sparen mußten, kam das Goldthema wieder zur Sprache. Immer nur halbbatt, immer durstig nach einem Glase Eiswasser, immer schlecht geschlafen in den harten und unbequemen Bettgestellen, arbeitete der Gedanke an Gold in ihnen ununterbrochen. Woran sie auch immer denkten, das war eine Veränderung ihrer gegenwärtigen Lage. Diese Lage ließ sich nur ändern durch Geld. Und Geld war so nahe verwandt mit Gold. So wurde der Gedanke an Gold immer stärker in ihnen und löschte alle andern Gedanken aus. Sie fahren schließlich eis, daß Geld ihnen nicht helfen konnte, daß nur Gold, ein großer Berg Gold sie aus diesem Leben, aus diesem Herumhängen zwischen Verhungern und Niemalsstarbenwerden besseren konnte. Die warten in einem Lande, wo unerhörte Schätze an Gold zu finden waren. Sie sahen das Gold funkelnd vor sich liegen, selbst dann, wenn sie die Augen schlossen, weil die Sonne so unbarmherzig blendend auf der weißen staubigen Plaza lag. Vielleicht war es nicht das Gold, vielleicht war es das heiße Asphaltpflaster, der weiße Staub, die weißen Häuser, das sie so ungeduldig machte. Aber sie machten hin und her denken, sie kamen immer wieder auf Gold zurück. Sogar Eiswasser, Gold war ein zufriedener Magen, Gold war eine kühle Wohnung in dem hohen eleganten Riviera Hotel. Gold, nur Gold, und dann hörte das Ziehen vor der amerikanischen Bank, wo man hoffte, die Manager von den Teilfeldern um einen lockeren Peso oder um Arbeit anzuklopfen, auf. Es war entwürdigend, und es war ein schadhaftes Leben. Das kann so nicht in alle Ewigkeit fortgehen. Man muß ein Ende machen.

Nachdem drei Tage vergangen waren, sich keine Aussicht auf Arbeit zeigte und es durchaus so aussah, als ob auch in den nächsten drei Monaten sich keine Aussicht auf Arbeit zeigen wurde, sagte Tobbs zu Curtin: „Ich gehe jetzt los auf Gold. Und wenn ich auch ganz allein gehen muß, ich gehe. Ob ich hier verrecke oder in der Sierra zwischen den Indianern, das ist mir nun wahrhaftig Schmalzkuchen wie Sirupfak. Ich gehe los."

„Denselben Vorschlag wollte ich dir soeben machen", sagte Curtin, „ich bin zu jedem Pferdediebstahl bereit."

„Es bleibt dir ja auch nichts andres mehr übrig als die Wahl zwischen Pferdediebstahl und Santa Maria?"

„Santa Maria?" fragte Curtin. „Ich bin nicht katholisch."

„Ob du katholisch bist oder nicht, das fragen sie dich nicht. Aber wenn du Pech hast keim Taschendiebstahl, dann wirst du schon lernen, wer Santa Maria ist. Das ist die Strafinsel an der Westküste, wo man dich nicht nach der Religion fragt, sondern nur wissen will, wieviel Jahre du abzumachen hast. Wenn du diese Santa Maria kennengelernt hast, weißt du, warum die Heilige Maria immer ein aufgeklapptes Taschenmesser in ihrem Herzen hat. Das hat ihr nämlich einer hineingestochen, der von jener Insel lebendig zurückgekommen ist."

„Wir konnten dann ja gleich morgen losgehen."

Tobbs überlegte eine Weile, dann sagte er: „Ich habe gedacht, daß wir den alten Howard mitnehmen könnten. Wir wollen ihn heute abend fragen, wie er darüber denkt."

„Howard? Warum? Der ist ja so alt. Vielleicht können wir ihn auf dem Rücken schleppen."

„Alt ist er", bestätigte Tobbs. „Aber er ist zähe wie eine gekochte alte Zitrefellsohle. Wenn es darauf ankommt, hält der mehr aus als wir beide zusammengenommen. Ich muß nur gleich sagen, ich habe nicht viel Ahnung von Goldgraben und weiß nicht einmal recht, wie es aussieht, wenn man es vor sich im Trock liegen sieht. Howard hat Erfahrung, er hat selber gegraben und hat auch sein Geld gemacht. Am Ende ist er alles wieder drangegangen. So einen alten erfahrenen Burschen mitzunehmen, ist schon halb eingesackt. Wer weiß, ob er überhaupt mitgeht."

„Fragen wir ihn einfach", riet Curtin.

Sie gingen zum Tío Negro. Howard lag im Bett und las Bartbingesichten im Western Story Magazine.

„Ah?" sagte er sofort. „Was für eine Frage? Natürlich bin ich dabei. Bin immer dabei, wenn es auf Gold geht. Ich habe noch dreihundert Dollars hier auf der Bank. Zweihundert lege ich an für die Sache. Ist mein letztes Geld. Wenn das zu Ende ist, bin ich fertig. Aber man muß etwas wagen."

Nachdem sie alles Geld zusammengeworfen hatten, erinnerte sich Tobbs seines Lotterielooses. „Sei doch nicht so abergläubisch", sagte Curtin lachend. „Ich habe noch nie jemand gesehen, der in der Lotterie gewonnen hatte."

„Macht nichts", sagte Tobbs darauf. „Ich gehe die Liste wenigstens einmal nachsehen. Das kann nichts schaden."

„Da gehe ich mit. Das lange Gesicht, das du machst, möchte ich gern sehen."

Ueberall hingen die Listen aus. An jedem kleinen Laden, wo man Lose verkaufte. Die Listen waren auf Leinwand gedruckt. Weil niemand eine Liste kaufte, die Lotterie auch nie ein Nebengeschäft aus dem Listenverkauf machte, so wurden die Listen von Hundert zu von Leuten bezahlt. Sie mußten: sehr dauerhaft sein, um den Angriffen derer zu widerstehen, die glaubten, diesmal ganz sicher gewonnen zu haben.

Da gleich an der Ecke der Madrid Bar hing so eine Liste, groß wie ein Handtuch.

Tobbs ward einen Blick darauf und sagte zu Curtin: „Dein Aberglaube ist lächerlicher als meiner. Ja, siehst du die letztgedruckte Nummer? Das ist meine Nummer. Auf mein Zwanzigstel kriege ich jetzt hundert Pesos ausgezahlt."

„Wo?" fragte Curtin erstaunt.

„Geben wir gleich zur Agentur kassieren."

Tobbs legte sein Los auf den Tisch. Der Agent prüfte es, ohne einen Abzug irgendwelcher Art zu machen, händigte er Tobbs zwei dicke goldne Fünfzigpesoscheine aus.

(Fortsetzung folgt.)

Ausbau der Produktionsanlagen für die Zukunft diese Entlastung erfordert und ist auch damit begründet, daß der Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft in Zukunft voraussichtlich stark jedenfalls stärker, als die Bevölkerung — steigen wird. Je hoher aber der Produktionsertrag und damit das reale Volkseinkommen: um so leichter kann die Reparationslast getragen werden. 100 Millionen Mark heute u. U. eine größere Belastung als 500 Millionen nach zwanzig Jahren. Die nach Ablauf von 37 Jahren zu leistenden 22 Jahresabzahlungen sind in umgekehrter Richtung gestaffelt: sie beginnen mit 1657 Millionen Mark und enden im 58. Jahr mit 897,8 Millionen Mark. Angesichts der erörterten Gesichtspunkte nicht verstehen, weshalb die Herabsetzung der letzten 22 Jahresraten vereinbart wurde. Für die deutsche Wirtschaft wäre es viel vorteilhafter gewesen mit noch viel niedrigeren Jahresraten anzufangen und sie 58 Jahre lang allmählich zu steigern. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungstaktik der Sachverständigen, ihre grundsätzliche Opposition gegen die letzten 22 Jahresraten die Schuld daran trägt, daß die sinkenden Jahresraten in den letzten 22 Jahren als Lösung vorgezogen wurden.

4. Die Sachlieferungen, deren Dauer im Dawes Plan unbestimmt war, werden noch 10 Jahre lang, in jährlich abnehmendem Umfang, beibehalten werden. Die Sachlieferungen bedeuten nur insofern eine Erleichterung für Deutschland, wenn sie einen zusätzlichen Export ermöglichen, der ohne Sachlieferungen nicht erfolgt wäre. Im Pariser Plan soll der zu errichtenden Bank für internationale Zahlungen die Rolle zu, zur zusätzlichen Ausfuhr — durch Kreditgewährung an die Käufer — auch für die deutsche Industrie zu sorgen.

5. Die verschiedenen Kontrollorgane, die über die Ausführung des Dawes-Planes die Aufsicht führten, Reparationsagent, Kommissar und ausländische Mitglieder der Eisenbahnverwaltung für die Reichseisenbahn usw. werden abgeschafft. Die Staatseinnahmen aus Zöllen und verschiedenen Verbrauchssteuern werden nicht länger verpfändet sollen für den an sich geringfügigen Zinsendienst der Dawes Anleihe von 800 Millionen Mark 20 Jahre hindurch. Die Reichseisenbahn wird zwar jährlich 660 Millionen Mark weiter abführen müssen, doch nur in Form einer Reichssteuer.

6. Ein umstrittener Teil des Young Plans ist die Neuregelung des Transfer (Währungs-) Schutzes. Für die Erleichterung der Zahlungslast mußte als Gegenleistung ein Verzicht auf den Transferschutz in bezug auf einen Teil der Reparationslast geleistet werden. Dieser Teil ist verhältnismäßig gering, er beträgt 660 Millionen Mark jährlich. Für diesen Teil ist die Möglichkeit einer Mobilisierung — Umwandlung der zwischenstaatlichen Schuld in eine Schuld Deutschlands an private Gläubiger — gegeben. Für den restlichen Teil ist der Transferschutz anders als bisher geregelt: er gestattet den Aufschub der Uebertragung (u. a. auch der Aufbringung) der Reparationsleistungen nur vorübergehend, jeweils für zwei Jahre, für den Fall einer Wirtschaftskrise oder Konjunkturrückgangs. Es wird im Bericht angenommen, daß die Uebertragung der Reparationsbeiträge unter normalen Verhältnissen stets möglich sein wird, zumal die zu errichtende internationale Bank die Uebertragung sehr wesentlich zu fördern vermag. Man wird diese Neuregelung einschätzen, je nachdem, welche Bedeutung man dem allgemeinen Transferschutz des Dawes Planes beigemessen hat. Wir sind der Ansicht, daß der Transferschutz im Dawes Plan stark überschätzt wurde. Da jetzt die Zahlungslast überhaupt und insbesondere für die ersten 10 bis 15 Jahre erleichtert wurde, so wäre die Bedeutung des Transferschutzes, so wie er im Dawes-Plan stand, noch geringer. Auch hier muß man bezweifeln, ob die Taktik der Unterhändler die richtige war und ob es nicht richtiger gewesen wäre, statt der hartnäckigen Opposition von vornherein Zugeständnisse in der Transferfrage anzubieten und dafür größere Zahlungserleichterungen einzutauschen. Als ein besonderer Vorzug des neuen Transferschutzes soll hervorgehoben werden, daß der — jeweils zweijährige — Zahlungsaufschub nicht nur bei Gefährdung der deutschen Währung, sondern auch bei Gefährdung des Wirtschaftslebens erfolgen kann, d. h. nach unserer Auffassung, wenn die Uebertragungen allein durch drastische Krediteinschränkungen, die eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben würden, möglich waren, während der Transferschutz im Dawes-Plan in dieser Hinsicht unklar blieb.

Zusammenfassend bedeutet die Neuregelung in Paris, obwohl die Reparationslast an sich weiter eine sehr schwere Belastung darstellt eine erhebliche Erleichterung und gibt eine Atempause, während der die Gesundung der deutschen Wirtschaft möglich sein wird. Die innerwirtschaftlichen Probleme: Steigerung des Produktionsertrages nicht durch größere Ausbeutung, sondern durch erhöhte Schonung des menschlichen Arbeitskraft und die Verteilung der Reparationslast auf die Zaudern, die sie am ehesten zu tragen vermögen, werden für die Arbeiterschaft unter der Herrschaft des Young Planes gerade so bestehen bleiben, als wenn der Dawes Plan weiter in Kraft geblieben wäre.

Das deutsche Volk hat zehn Jahre im dunkeln getappt. Nun mehr steht es fest, was die jetzige und die nachkommende Generation zu leisten hat. Es wird nun ein heftiger Kampf entbrennen, wie die endgültige Verteilung der Lasten erfolgen soll. Da man mit festen Begriffen rechnen kann, ist eine Regelung auf lange Sicht möglich. Der scharfe Steuerdruck, der die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt das arbeitende Volk stark bedrückt, wird hoffentlich etwas gemildert werden können. Hier setzt die Frage ein, welche Art von Steuern eine Ermäßigung erfahren sollen. Es braucht nicht mehr geschildert zu werden, daß hierfür in allererster Linie die Massensteuern in Frage kommen. Zudem wird ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital entbrennen, wer den größeren Teil dieser Lasten hinfort zu tragen hat. Vollständig entziehen kann sich dessen niemand in Deutschland. Da aber das Sozialprodukt um durchschnittlich 2000 Millionen Mark pro Jahr zugunsten der Kriegsschulden gekürzt werden muß, so muß es doch irgend woher genommen werden. Wer die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten vier Monate verfolgt hat, wird deutlich erkannt haben, daß sie bereits ein Vorspiel der endgültigen Lastenverteilung waren. Diese scharfen Auseinandersetzungen werden auch in der nächsten Zeit das Merkmal des wirtschaftlichen Lebens sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft daran setzen, um die Herabdrückung des Lebensstandards zu verhindern. Sie haben also eine neue wirtschaftliche Aufgabe zugewiesen bekommen. Wir möchten den Hand- oder Kopfarbeiter sehen, der sie nicht dabei unterstützen wollte.

Aus Beruf und Industrie

Konzentration im Schuheinkauf.

Die Umstellung führender Schuhfabriken auf neue Marken- und Alleinverkaufsmethoden sowie die Tatsache des Eindringens ausländischer Großschuhfabriken in den deutschen Schuhbandel haben eine Reihe der bedeutendsten deutschen Großschuhgeschäfte, von denen jedes einen Jahresumsatz von etwa 1 Million Reichsmark hat, dazu veranlaßt, einen Großeinkaufsbund Deutscher Schuhhändler zu gründen, der, wie „Schuh und Leder" meldet, gleichzeitig die Rationalisierung in der Fabrikation und in der Preisgestaltung fördern soll. Der Großeinkaufsbund stützt sich vorläufig auf Firmen aus Nord-, Mittel- und Süddeutschland; er soll aber schon in den nächsten Tagen auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden. Die Gründungsversammlung des Bundes fand am 2. Juni in Berlin statt.

Geschäftsabschlüsse.

Die bekannte Schuhwarenfabrik Konrad Tack & Cie. in Burg bei Magdeburg veröffentlicht ihren Abschluß für das Jahr 1928. Die Dividende wird von 7 auf 8 Prozent erhöht. Der Reingewinn steigerte sich von 500,000 R.M auf 1,100,000 R.M. Dem Reservefonds kommen 30,000 R.M zugeführt werden. Während der vorjährige Abschluß noch Bankschulden in Höhe von 450,000 R.M zeigt, werden jetzt 1,9 Millionen Reichsmark Bankguthaben ausgewiesen. Dabei ging das Akzeptkonto um 500,000 R.M auf 4,2 Millionen Reichsmark zurück. Die Tack-Gewinne dürften zum Teil Handelsgewinne sein.

Die Schuhfabrik Auerswald & Sauerbrunn A.-G. in Lößnitz i. Erzgeb., deren Betrieb zur Zeit stillliegt, weist in ihrer Bilanz für 1928 einen Verlust von 200,000 R.M aus. U. B. Verlust 88,591, der vorgetragen wurde). Auch dieser Verlust soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wie verlautet, wird die Aktiengesellschaft J. Sigle & Co. in Konnweilheim aller Voraussicht nach wieder 14 Prozent Dividende in Vorschlag bringen.

Die Generalversammlung der Verein. Schuhfabriken Berneis-Weisels A.-G. Augsburg-Nürnberg setzte die Dividende wieder auf 8 Prozent fest.

Interessengemeinschaft in der Schuhindustrie.

Die Schuhfabrik Ed. Hammer A.-G., Dresden, ist, wie wir hören, mit einer anderen angesehenen alten und renommierten Schuhfabrik, der Hofer, Hockenreiser & Stadler AG. in Roßwein, eine Interessengemeinschaft eingegangen. Der bekannte Hammerschuh wird nach den bewährten Leisten und Modellen weiterhin hergestellt werden. Der Zweck der neuen Interessengemeinschaft ist die Rationalisierung der Produktion und des Absatzes entsprechend den in der letzten Zeit innerhalb der deutschen Schuhindustrie lebhaft erörterten Plänen.

Romeo-Schuh-AG.

In der Generalversammlung der Romeo-Schuh-AG. wurden in den Aufsichtsrat gewählt: Jan Bata (Zlin), Dr. Alex Coper, Rechtsanwalt und Notar (Berlin) und Advokat (Zlin). Alleiniges Vorstandsmitglied ist der Kaufmann Wilhelm Münster (Hamburg).

Bata kauft weitere Schuhgeschäfte.

Wie die Zeitungen melden, hat die Firma T. u. A. Bata bzw. die in Händen der Firma Bata befindliche Romeo Schuh-AG. ein Schuhwaren Kaufhaus in Dortmund erworben, ferner soll die Firma Bata die „Fortuna"-Schuhgeschäfte, die in verschiedenen Städten Süddeutschlands, u. a. in Würzburg, bestehen, erworben haben und sie unter ihrem eigenen Namen weiterführen. Weiter geht die Nachricht durch die Presse, daß Bata in Breslau eine Filiale eröffnen will. Er verhandelte wegen Ankaufs eines Grundstücks am Ring. In Hamburg inseriere die Firma unter der Unterschrift: Bata, Romeo-Schuh-Akt. Ges.

Aus Ungarn.

Im Verfolg der Bestrebungen zum Schutze der heimischen Schuhindustrie und der Bekämpfung der Schuhwareneinfuhr haben die ungarischen Handelskammern eine Aktion eingeleitet, deren Zweck die Erteilung einer besonderen Kennzeichnung von Import-Schuhwerk ist. Es wird gefordert, daß bei sämtlichen Einfuhrschuhwaren das Produktionsland durch Einbrennen in der Sohle auf jedem einzelnen Schuh genau bezeichnet wird.

Eine französische Schuhfabrik abgebrannt.

Die Schuhfabrik Weim in Tours ist vorige Woche durch einen größeren Brand zerstört worden. Der Schaden soll sehr bedeutend sein.

Zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag.

Der schweizerische Nationalrat hat dem Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit Deutschland ohne Diskussion zugestimmt. Ferner hat er die internationale Uebereinkunft über die Abschaffung einer Ausfuhrbeschränkung sowie die internationale Vereinbarung über die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Knochen angenommen. — Bisher haben Belgien und England diese internationale Vereinbarung ebenfalls ratifiziert. Deutschland hat die den Vorschlag der Ratifizierung einschließende Gesetzesvorlage über die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz dem Reichstag zugeleitet. Es läßt sich jedoch noch nicht übersehen, wann sie verabschiedet werden wird.

Aus der holländischen Schuhindustrie.

Der Geschäftsgewinn der holländischen Schuhfabrik A. H. van Schijndel stellt sich, wie aus dem vorliegenden Jahresbericht 1928 hervorgeht, auf 167,742 Gulden, worin auch die Gewinne aus Beteiligungen enthalten sind. Nach Abzug von 16,652 Gulden für Rückstellungen und Abschreibungen entfallen auf Vorzugsaktien 6,2 Prozent (im Vorjahre 6,4 Prozent) und auf gewöhnliche Stammaktien 8 Prozent (10 Prozent) Dividende. Fabri darf nicht übersehen werden, daß die genannte Gesellschaft im Laufe des letzten Jahres ihr Aktienkapital erhöht hat, und zwar wurden im letzten Jahr unter der Hand untergebracht: Gulden 200,000 gewöhnliche Stammaktien und Gulden 200,000 sechsprozentige Vorzugsaktien. Ueber den Geschäftsgang äußert man sich zufrieden. Der Auftragseingang war zeitweise so groß, daß man zur Vergrößerung des Betriebes übergehen mußte. Die Produktionskapacität wurde dadurch um 25 Prozent gesteigert. Die erzielten Preise waren lohnend. Eine der Ursachen hierfür ist der Teilnahme an Verkaufsorganisationen. In diesen setzt die Gesellschaft jährlich die Hälfte ihrer Produktion um.

(„Die Schuhwelt.")

Zur Frage des Schutzzolls.

Die vom handelspolitischen Ausschuß des Reichstages angenommene Entschließung eine Erhöhung der Schutzzölle einzuführen wurde auch im Plenum mit Mehrheit angenommen.

Internationale Lederschau 1930 in Berlin

Die für Herbst 1930 nach Beschlüssen der Fachgruppe der Lederwirtschaft ins Werk gesetzte Veranstaltung wird die Bedeutung einer Messe tragen, an der auch die Schuhwirtschaft teilnehmen wird.

Nach einer Mitteilung des Direktors des Ausstellungsamts Berlin erhält die geplante internationale Lederschau folgende Gruppierung:

Abteilung A: Leder. Gruppe 1: Leder jeder Art für die Schuhindustrie einschließlich Futterleder; Gruppe 2: Leder für die Lederwaren, Reise-, Sportartikel- und Tiedtrieminenindustrie, wie Portefeuilleleder, Buchbinderleder, Futterleder, Sattlerleder, technische Leder, Riemenleder, Bekleidungs- (Hut-) Leder, Möbel- und Autoleder, Fensterleder, Lederstuche, — Lederersatzstoffe; Gruppe 3: Maschinen- und Bedarfsindustrien für die Lederindustrie, insbesondere chemische Bedarfsindustrie (Farben, Chemikalien, Gerbstoffe jeder Art).

Abteilung B: Schuhwaren. Gruppe 4: Schuhwerk jeder Art, Straßenschuhwerk, Berufs- und Sportschuhwerk, Ballu- und Galanterieschuhe, Hausschuhe, Pantoffeln, Holzschuhe und Holzpantoffeln, Gummischuhe, Schafte, Gamaschen; Gruppe 5: Bedarfsartikel für die Schuhindustrie, wie Zwirnen, Zwirnmaschinen, Schuhmacherbedarfsartikel, Ausputzpräparate, Einlegesohlen, Stützen, Zehen und Absätze, Gummiabsätze, Schuhnägel, Schuhputzmittel usw.; Gruppe 6: Schuhmaschinen, Stanzmesser, Leisten, Werkzeuge; Gruppe 7: Technische Bedarfsartikel für den Betrieb des Schuhwaren Einzelhandlers, wie z. B. Reinigungsapparate, Schaufenster- und Dekorationsmaterial, Reklameartikel usw.

Abteilung C: Lederwaren, Sattlerwaren, Galanteriewaren, Leder Sportartikel, Ledertreibriemen, Lederhandschuhe; Gruppe 8: Portefeuille- und Kleinlederwaren, Alben, Beutel und Galanteriewaren; Gruppe 9: Reiseartikel, Koffer, Taschen; Gruppe 10: Sattlerwaren, Geschirre, Treibriemen, Wettbewerbsartikel; Gruppe 11: Sportartikel, Lederbekleidung, Gürtel, Gamaschen, Hosenträger, Rucksäcke; Gruppe 12: Bedarfsartikel für die Lederwarenindustrie, Sattler-Bedarfsartikel, Textilien und Kunststoffe, Bügel, Schlösser, Beschläge, Rahmen, Anklapper, Nägel, Druckknöpfe, Schnallen, Spiegel, Einrichtungsgegenstände für Reiseartikel und Handtaschen, Chemikalien; Gruppe 13: Maschinen und Werkzeuge für die Lederwaren- und Sattlerbranche; Gruppe 14: Technische Bedarfsartikel für den Betrieb des Lederwaren Einzelhandlers; Gruppe 15: Lederhandschuhe.

An besonderen Veranstaltungen zur Zeit der Schau sollen auf dem Ausstellungsgelände zur Durchführung kommen: 1. die Jahresversammlungen der beteiligten Fachgruppenverbände; 2. eine Gesamtkundgebung für die Lederwirtschaft, bei der das Interesse der Oeffentlichkeit, der Regierungen und Parlamente auf wichtige Tagesfragen des Gewerbes gelenkt werden soll; 3. modische Vorführungen in der neuen Funthalle; 4. filmische Vorführungen; 5. die Reichsschuhwoche sollte in die Woche der Lederschau gelegt werden.

Mitteilungen

Hamburg

Die Firma Matschek & Co. in Altona, Waidmannstraße 15, sucht in auswärtigen Zeitungen eine Anzahl von Fachkräften. Die Kollegen, welche bei dieser Firma Stellung zu nehmen beabsichtigen, werden gebeten, vorher Auskunft bei der Ortsverwaltung Hamburg, Besenbinderhof 58, einzuholen.

Literatur

„Der Kuhn." Das Heft, das soeben erschienen ist, rechtfertigt die Erwartungen, die man an die neue illustrierte Wochenschrift schon zu stellen gewohnt ist. Das Heft kostet 20 Pfg.; Abonnement vierteljährlich: Deutschland 2.50 ℳ, zu beziehen bei der Verwaltung: Wien, Rechte Wienzeile 36/37. Der Betrag kann auch in Briefmarken eingesandt werden.

Der Nummer 12 des **„Wahren Jacob"**, mit reizvollen Beiträgen von Roda Roda, Joachim Ringelnatz, Hans Reimann, Karl Holz, Wilhelm Kraus u. a., entnehmen wir folgende Scherze: Der Kirchgänger. Unser Kolonialwarenhändler ist ein freidenkender Mann. Neulich rief ihn ein Ausgeläuteter an der Tür: „Na, wo wollen Sie denn hin?" Er schaut bedauernd in die lockende Frühlingssonne und sagt: „Zur Kirche. Wissen Sie, man hat ja Aufsicht auf seine Kundschaft in neuerer Zeit." — Sicht Recht. „Ich würde Sie gern entschuldigen", sagte die Gnädige zu der stellungsuchenden Köchin, „aber ich kann nur Personal brauchen, das lemabdriäne Fähigkeiten besitzen kann" „Aber, gnädige Frau", sagte die Bewerberin, „seien Sie doch nicht so streng! Seien Sie mal: als Sie geheiratet haben, hat der Herr doch auch keine langjährigen Zeugnisse von Ihnen verlangt!"

„Die Gemeinde", das Organ für den Sozialisten, der mit kommunalpolitischen Fragen zu tun hat, kann durch jede Postanstalt oder direkt durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, zum Preise von vierteljährlich 3.— ℳ bezogen werden.

„Die Gesellschaft." Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Der im Februarheft unternommene Versuch der Redaktion eines aktuellen Themas wird im Juniheft fortgesetzt, und zwar handelt es sich diesmal um den Gesetzentwurf über die Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen durch den Staatsgerichtshof, der dem Reichstag vorliegt. Ministerialdirektor Bracht und Dr. Neumann diskutieren für und gegen den Entwurf, so daß alle in einer Diskussion wichtigsten Gesichtspunkte klar herausstreten. Außerdem enthält das Heft einen höchst aktuellen Anlaß des Genossen Remmele aus Karlsruhe über den Stand der Bewegung zum Einheitsstaat.

„Das gute Kinder- und Jugendbuch. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 1929. 176 Seiten. Preis 0.50 ℳ. Dieses umfangreiche Jugendschriftenverzeichnis des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit zeichnet sich durch eine sozialistische Auswahl der empfohlenen Schriften aus und durch fest eine Ausstattung aus. Besonderer Wert ist auf die Lesbarkeitsfrage gelegt, die es allen Benutzern leicht macht, das von ihnen Gewünschte herauszufinden. Das Buch ist durch den Reichsausschuß wie durch den Buchhandel zu beziehen.

Der soeben erschienene **Tätigkeitsbericht der Freien Gewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin** des Jahres 1928, für 1928 enthält, wie die Berichte der Vorjahre, viel wissenswertes. Daß er für den jungen Gewerkschafter von besonderer Bedeutung ist, geht der darin enthaltene Bericht der Kommission für Lehrlings-, Berufs- und Gesellenfragen, der folgende Abschnitte enthält: Ausbildungsfragen, Lehrlingsschutz, Gesellenausschüsse, Berufsberatung, Erwerbslosigkeit der Jugend. — Der Bericht ist von der Arbeitsgemeinschaftlichen Jugendzentrale, Berlin SO 16, Engelufer 21/25, zu beziehen.

Der Arbeits- und Dienstvertrag, von Bürgermeister Friedrich Kreis, 44 Seiten, Verlag Friedrich Brandt in Leipzig C 1, Zweirinnenstraße 16. (Heft 17 von Brandts Schriftenlesebücherei. Einzelpreis 60 Pfg., ab 1. August 1929 70 Pfg. In seiner bekannten gemeinverständlichen Darstellungsweise erläutert der Verfasser u. a. das Zustandekommen der Arbeits- und Dienstverträge, die Grundlagen, auf denen sie beruhen (einwandfreie Gesetzesgrundlagen, Tarifvertrag, Arbeitsordnung, Vereinbarung im Sinne Arbeitsvertrag, Tarifvertrag des Arbeitsgebers), die Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Zeugnisse und Arbeitspapiere.

Der Motorradfahrer, ein praktisches Nachschlagebuch. Von Reinhold Thelis, Ing., mit 92 Abbild. 2. Aufl., Band IX von Hellmanns Kraftfahrer-Bibliothek. Preis kart. 3.— ℳ. Verlag C. J. E. Volckmann Nachf. G. m. b. H., Charlottenburg 2. Das vorliegende Buch stellt für alle, welche sich ein Motorrad zulegen wollen, und vielleicht noch mehr für die Anfänger dieses Sportes eine vortreffliche Anleitung dar, um sich über alle Einzelheiten eines solchen Fahrzeuges zu unterrichten. Auch der geübte Motorradfahrer kann dem Buch noch manchen nützlichen Wink entnehmen.

Bekanntmachungdes Zentralvorstandes

Vom 30. Juni bis 6. Juli ist der 27. Beitrag fällig.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg.
Redaktion: Otto Kretschmer — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher
J. Simon, Nürnberg.

Anzeigen

Nachruf!

Plötzlich und unerwartet ereilte uns die traurige Nachricht von dem Ableben unseres langjährigen und treuen Verbandsmitgliedes

Johannes Seckinger

Der so schnell Dahingeschiedene erreichte ein Alter von nur 19 Jahren. 3½ Jahre lang war er in dem Verband tätig, und zwar im Bezirk II. Als ein arbeitsfreudiger Kollege geschätzt und geachtet. Die Zahlstelle Schwenningen verliert in ihm einen der Mitarbeiter der Zahlstelle, in der er soweit gemeinschaftliche Arbeit geleistet hat.

Ruhe seiner Asche!

Zahlstelle Schwenningen.